

# Zukunft aus eigener Kraft

SPD-Regierungsprogramm für  
Mecklenburg-Vorpommern  
V. Legislaturperiode



# Inhaltsverzeichnis

- Einleitung
- I. Arbeit schaffen und sichern
- II. Bildung und Gerechtigkeit
- III. Kinder und Familien
- IV. Starker Staat, moderne Strukturen

# Einleitung

## Wir in Mecklenburg-Vorpommern

Im Herbst 1989 demonstrierten Hunderttausende in der DDR für Freiheit und Demokratie. Kurze Zeit später fielen Mauer und Stacheldraht. Wenige Monate danach war die DDR Geschichte, Deutschland wieder ein vereintes Land und Mecklenburg-Vorpommern neu gegründet.

Die Jahre nach der Wende waren gekennzeichnet durch enorme Veränderungen in allen Lebensbereichen. Freie Wahlen, Rechtsstaat, Reise-, Meinungs- und Pressefreiheit gehören zu den wertvollen, vielen inzwischen selbstverständlichen Errungenschaften der friedlichen Revolution.

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben in den Jahren seit 1990 beim Neuaufbau unseres Landes Großartiges geleistet. Unsere Städte und Dörfer erstrahlen heute in neuem Glanz. Schulen, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime wurden saniert, Straßen und Schienen neu gebaut oder erneuert. Die Autobahn A 20 verbindet Mecklenburg und Vorpommern mit den westlichen und östlichen Nachbarn. Neue Unternehmen haben sich im Land angesiedelt und Arbeitsplätze geschaffen. Mecklenburg-Vorpommern ist heute die beliebteste Tourismusregion Deutschlands.

Die SPD prägt seit 1998 als stärkste Regierungspartei die Modernisierung unseres Landes. Auf diesem Weg wollen wir in den kommenden fünf Jahren weitergehen, hin zu einem wirtschaftlich starken und eigenständig lebensfähigen Bundesland, hin zu einer Zukunft aus eigener Kraft. Als Sozialdemokraten ist uns wichtig, dass es dabei sozial gerecht zugeht.

Wir haben in den vergangenen acht Jahren schon viel geschafft. Es gibt aber auch noch viel zu tun:

## Mecklenburg-Vorpommern im Strukturwandel

In den Jahren unmittelbar nach der Wende gingen in großem Umfang Arbeitsplätze verloren, weil viele Unternehmen nicht konkurrenzfähig waren oder durch die damalige Privatisierungspolitik keine Chance auf einen Neubeginn erhielten. Arbeitsplätze entstanden damals vor allem in der Bauwirtschaft. Doch sind diese seit dem Ende des Baubooms Mitte der neunziger Jahre wieder rückläufig. Die Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern ist aus diesen Gründen immer noch zu hoch. Es bleibt die größte Herausforderung, weiter die Grundlagen für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu legen.

Zugleich stehen wir – wie alle anderen neuen Bundesländer auch – vor der Tatsache, dass die Einwohnerzahl rückläufig ist. Die Zahl der Geburten ist nach der Wende drastisch zurückgegangen. Gerade junge Menschen haben Ostdeutschland verlassen, um anderswo eine berufliche Perspektive zu suchen. Deshalb müssen wir einerseits die öffentlichen Strukturen an die geringer werdende Einwohnerzahl anpassen und andererseits jungen Menschen Rahmenbedingungen bieten, damit sie im Land bleiben und sich für Kinder entscheiden können. Zudem gilt es, die aus dem demografischen Wandel resultierenden Chancen Mecklenburg-Vorpommerns zu nutzen, z. B. in der Gesundheitswirtschaft.

## Mecklenburg-Vorpommern im Herzen Europas

Seit dem Beitritt von zehn weiteren Staaten zur EU liegt Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr an der EU Außengrenze. Unser Land ist nun in die Mitte einer großen Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft gerückt. Das ist für uns Herausforderung und Chance zugleich. Die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im baltischen Raum, insbesondere mit unserem polnischen Nachbarn, ist ein Schwerpunkt unserer Europapolitik. Die Erweiterung stärkt die Chance auf Sicherheit und Wohlstand dauerhaft in ganz Europa. 15 Jahre nach Ende des Ost-West-Konflikts ist

die Spaltung des europäischen Kontinents endgültig überwunden. Wir sehen diese Erweiterung als eine große Chance für die Zukunft: für gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, für ein lebendiges Europa, das seine kulturelle Vielfalt mehrt und seine Konflikte friedlich regelt. Das war die Vision der Friedens- und Europapolitik von Willy Brandt.

Unser Bundesland hat seit 1990 von der gemeinsamen Strukturpolitik der EU profitiert. Von 2000 bis 2006 erhält unser Bundesland EU-Strukturfondsmittel von über 2,6 Milliarden €. Wir werden auch in den nächsten Jahren die europäischen Fördermittel für den zielstrebigsten Ausbau der Infrastruktur, der Wirtschaft und der Forschungslandschaft einsetzen.

### Die Finanzmittel zielgerichtet und sparsam einsetzen

Wir in Mecklenburg-Vorpommern werden seit 1990 bei unseren Aufbauanstrengungen von der EU, dem Bund und den finanzstarken westdeutschen Ländern solidarisch unterstützt. Um die großen Herausforderungen beim Aufbau Ost zu bewältigen, stellen der Bund und die westdeutschen Länder im Rahmen des Solidarpakts II bis Ende 2019 weitere 156 Mrd. € zur Verfügung. Diese Transfermittel werden jedoch bereits ab dem Jahr 2008 schrittweise zurückgeführt. Wir müssen die uns zur Verfügung stehenden Finanzmittel so zielgerichtet einsetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2020 auf eigenen Füßen stehen kann.

Zugleich gilt es, eine sparsame Haushaltspolitik zu betreiben. Andernfalls würden uns schon in wenigen Jahren die Zinslasten jegliche Gestaltungsmöglichkeiten nehmen. Nachhaltige Finanzpolitik ist somit ein Stück sozialer Gerechtigkeit gegenüber den Steuerzahlern von morgen. Unser Ziel ist es, spätestens im Jahr 2010 ohne Neuverschuldung auszukommen.

Angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen müssen wir in den kommenden Jahren deutlicher als bisher Schwerpunkte setzen. Unser Grundsatz bei der Modernisierung des Landes lautet: Wir müssen die knappen Finanzmittel auf jene Politikfelder konzentrieren, die langfristig den höchsten Mehrwert für die Entwicklung des ganzen Landes versprechen. Dafür müssen in anderen Bereichen auch Abstriche gemacht werden.

### Vier Schwerpunkte für die kommenden fünf Jahre

Wir Sozialdemokraten werden in den kommenden fünf Jahren vier Aufgaben in den Mittelpunkt unserer Politik stellen:

- Unsere wichtigste Aufgabe besteht darin, die Rahmenbedingungen für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen weiter zu verbessern. Dazu werden wir gezielt in die Infrastruktur und die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes investieren.  
Eine besondere Chance sehen wir dabei in der Zukunftsbranche „Gesundheitswirtschaft“. Mit unserer Erfahrung im Tourismus, unserer einzigartigen Natur, den gesunden Produkten unserer Land- und Ernährungswirtschaft, unseren modernen Kliniken und Rehaeinrichtungen und dem hier vorhandenen Know-how in Biotechnologie und Medizintechnik hat Mecklenburg-Vorpommern beste Chancen, sich zum Gesundheitsland Nr. 1 in Deutschland zu entwickeln. Diese Chancen wollen wir nutzen.
- Wichtig für die Zukunft sind Investitionen in die Bildung und die Forschung. Wer das Land voranbringen will, muss in die Köpfe seiner Menschen investieren. Investitionen in die Bildung sind nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung, sondern auch entscheidende Voraussetzung für Chancengleichheit und die freie Entfaltung der Persönlichkeit.
- Wichtig ist es, gerechte Lebensbedingungen für Familien und Kinder und für die ältere Generation zu schaffen. Wenn sich mehr Menschen für Kinder entscheiden sollen, müssen wir Mecklenburg-Vorpommern familien- und kinderfreundlicher machen. Zugleich wollen wir die

Lebensbedingungen der älteren Menschen weiter verbessern, damit sie so lange wie möglich eigenständig und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dabei gilt für unsere Familien- und Sozialpolitik der Grundsatz „Fördern und Fordern“.

- Wichtig ist es schließlich auch, dass wir die in der zurückliegenden Wahlperiode begonnene umfassende Modernisierung der öffentlichen Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern fortsetzen und dabei die Zentren unseres Landes stärken. Unser Ziel sind moderne, effiziente und leistungsfähige Strukturen auf allen Ebenen des Staates, um auch morgen noch ausreichend Geld für Arbeit und Wirtschaft, Bildung und Gerechtigkeit sowie Familien und Kinder zur Verfügung stellen zu können.

## Gleichstellung zwischen Männern und Frauen

Die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen hat für uns Sozialdemokraten einen besonders hohen Stellenwert. Deshalb werden wir unsere Maßnahmen in allen Politikfeldern nach dem Gender-Mainstreaming-Prinzip durchführen. Das bedeutet, dass wir bei all unseren Maßnahmen die jeweilige Wirkung auf Frauen und Männer berücksichtigen, um Benachteiligungen eines Geschlechts von vornherein auszuschließen. Dort, wo Frauen heute noch benachteiligt sind, werden wir weiterhin mit spezifischer Frauenförderung für einen Nachteilsausgleich sorgen. Dabei sind die Gleichstellungsbeauftragten auf allen Ebenen des Landes unverzichtbar.

## Demokratische Zivilgesellschaft stärken – Rechtsextremismus bekämpfen

Mecklenburg-Vorpommern ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Wir wollen unser demokratisches Gemeinwesen gegen rechtsextreme Tendenzen schützen. Das wirksamste Instrument hierfür ist eine Politik, die für Jung und Alt Zukunftsperspektiven schafft. Auch durch gelebte Mitbestimmung gewinnen die Menschen Vertrauen in die Demokratie.

Politische Bildung und die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft sind wichtige Aufgaben der Landespolitik, für die alle demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen Verantwortung tragen. Programme wie „civitas“ und „entimon“ bedürfen stabiler Rahmenbedingungen. Deshalb unterstützen wir die Gründung einer „Bundesstiftung für demokratische Kultur“. Das Zusammenwirken bestehender Initiativen in den Regionen wollen wir befördern.

Rechtsextremismus ist zugleich eine Herausforderung für die Jugend- und Bildungseinrichtungen in unserem Land. Sie sollen „Schulen der Demokratie“ sein. Dazu müssen politische Bildung und demokratische Erziehung früher und Fächer übergreifend ansetzen sowie außerhalb des Unterrichts fortgesetzt werden. Die Vermittlung von Demokratie und Toleranz in den Elternhäusern ist aber durch nichts zu ersetzen.

Um rechtsextreme Straftaten zu verhindern, gilt für uns: Prävention vor Repression. Wo nötig, werden Polizei und Justiz jedoch unsere Bürger schützen und wie in der Vergangenheit konsequent gegen rechte Straftäter vorgehen.

## Dafür stehen wir

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern hat klare Ziele: ein wirtschaftlich starkes Land, ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem, mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit, eine moderne Verwaltung, ein weltoffenes und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern. An der Verwirklichung dieser Ziele wollen wir in der nächsten Legislaturperiode in Regierungsverantwortung weiterarbeiten. Dafür bitten wir die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006 um ihre Unterstützung.

# I. Arbeit schaffen und sichern

Der Aufbau Ost tritt in seine entscheidende Phase. Für Mecklenburg-Vorpommern ist das zentrale Ziel die Schaffung selbst tragender, moderner Wirtschaftsstrukturen. Grundlage dafür ist eine Wachstumsstrategie, die für die Wirtschaft wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen schafft, die im Land vorhandenen Entwicklungspotenziale nutzt und den Menschen Arbeit gibt. Die SPD hat seit 1998 als führende Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern die Grundlagen für einen eigenständigen Wachstumspfad gelegt. Diesen gilt es nun konsequent weiter zu beschreiten, um ein wirtschaftlich starkes Land zu werden. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern wird sich in den nächsten Jahren in dem Maße verbessern, wie es gelingt, die Fördermittel auf Investitionen zugunsten des ersten Arbeitsmarktes zu konzentrieren. Soziale Kompetenz heißt für uns, möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, mit ihrer eigenen Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt selbst zu finanzieren. Nur so können persönliche Lebensperspektiven für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern verbessert und die Spielräume für Zukunftsinvestitionen gesichert werden.

## 1. Eine moderne Wirtschaftsstruktur für Mecklenburg-Vorpommern

Der Strukturwandel der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern geht weiter voran. Während der Anteil der öffentlichen Dienstleistungen an der Wertschöpfung im Land, bedingt durch den Personalabbau, weiter abnimmt und auch das Baugewerbe noch weitere Anpassungsschritte vor sich hat, entwickeln sich viele Wirtschaftssektoren dynamisch. Wachstumsmotor ist vor allem das verarbeitende Gewerbe mit seit Jahren anhaltend guten Ergebnissen. Innovationsdynamik und zunehmende Exportfähigkeit der Unternehmen sind dabei wichtige Schlüssel zum Erfolg. Dies strahlt auch auf die unternehmensnahen Dienstleistungen aus. Hinzu kommen die besondere Rolle des Tourismus und der Ernährungswirtschaft für Mecklenburg-Vorpommern.

Die größten Chancen für Mecklenburg-Vorpommern, in der Zukunft in innovativen Bereichen durch erstklassige Leistungen international mithalten zu können, liegen in der Gesundheitswirtschaft und der Biotechnologie. Deshalb muss dort in den nächsten Jahren ein besonderer Schwerpunkt unserer Fördermaßnahmen liegen.

Mecklenburg-Vorpommern hat darüber hinaus bereits jetzt moderne zukunftsorientierte Branchen, die dem Land auf lange Sicht Wachstum und Beschäftigung geben werden. Diese Branchen gilt es gezielt zu unterstützen und schwerpunktmäßig zu fördern. Neben dem

- touristischen Gewerbe und
- der Ernährungswirtschaft, vor allem bei der industriellen Verarbeitung zählen dazu
- die maritime Wirtschaft, die durch ihre Innovationskraft weit über den Schiffbau hinausreicht
- das Holzgewerbe mit seiner industriellen Produktion auf verschiedenen Verarbeitungsstufen
- der Maschinenbau und die metallverarbeitende Industrie, insbesondere die Zulieferer für die Automobil- bzw. die Luft- und Raumfahrtindustrie
- der Bereich der Life-Sciences von der Biotechnologie bis zur Medizintechnik
- die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie

- die unternehmensnahen und logistischen Dienstleistungen.

Die grundlegende Weichenstellung für die Förderung einer modernen Wirtschaftsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern wird die SPD in vier Schwerpunkten vornehmen:

- einer Investitionsförderung für die gewerbliche Wirtschaft auf hohem Niveau und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen
- den weiteren Ausbau und den Erhalt der wirtschaftsnahen Infrastruktur und des Verkehrsnetzes
- der Unterstützung von Innovation und Technologie als Investition in die Zukunftsfähigkeit des Landes
- den Abbau von Bürokratie für die Wirtschaft, damit bei den Unternehmen Ressourcen freigesetzt werden, die zu einer weiteren Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden können.

## 2. Nachhaltige Wirtschaftsförderung

Zentrales Element sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist ein flexibles Förderinstrumentarium, um den Erfordernissen der Unternehmen am Standort Mecklenburg-Vorpommern gerecht zu werden. Neben einer Fortführung der Investitionszulage über das Jahr 2006 hinaus und der Sicherung der EU-Regionalförderung auf hohem Niveau bis zum Jahr 2013 ist vor allem der Erhalt und die finanzielle Verstetigung der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von zentraler Bedeutung. Die Fördermittelvergabe werden wir weiter optimieren und Förderprogramme straffen.

Der Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung liegt bei der Unterstützung gewerblicher Vorhaben. Die Bereitstellung wirtschaftsnaher Infrastruktur kann in Zukunft nur noch dann unterstützt werden, wenn sie unmittelbar der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dient. Bei der gewerblichen Förderung ist eine Konzentration auf die direkte Schaffung von Arbeitsplätzen anzustreben. Darüber hinaus kommt der Unterstützung bestehender und der Bildung neuer Branchennetzwerke eine strategische Bedeutung zu.

Im Standortwettbewerb europäischer Regionen hat Mecklenburg-Vorpommern viel für Unternehmen zu bieten, die sich im Land ansiedeln wollen. Dazu gehört neben Infrastruktur und Wirtschaftsförderung die Betreuung von Investoren aus einer Hand. Diese Standortvorteile gilt es weiter auszubauen und konsequenter als bisher zu vermarkten. Zu diesem Zweck wird die Landesmarketingkampagne für die Dachmarke Mecklenburg-Vorpommern mit dem Slogan „MV tut gut“ zum zentralen Werbeauftritt des Landes im In- und Ausland weiter ausgebaut. Ziel ist die Bündelung aller entsprechenden Aktivitäten. Dazu streben wir an, die heute noch getrennten Zuständigkeiten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, des Landesmarketings und für Außenwirtschaft und Messen in einer Standort- und Marketinggesellschaft für Mecklenburg-Vorpommern zusammenzuführen. Die Bündelung weiterer Aktivitäten, wie die Tourismuswerbung, das Agrarmarketing oder die Tätigkeiten des Landesförderinstituts, sind in diesem Zusammenhang zu prüfen.

Allein auf zusätzliche Investoren von außen zu setzen, reicht nicht aus, um den Wachstumspfad für Mecklenburg-Vorpommern weiter zu beschreiten. Ein besonderes Augenmerk legt die SPD daher auf die Bestandssicherung und die Neugründung einheimischer Unternehmen. Mit einer „Offensive für Handwerk und Mittelstand“ in Mecklenburg-Vorpommern werden die spezifischen Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen unterstützt, um die Schaffung weiterer Arbeitsplätze zu ermöglichen. Dabei spielen bedarfsgerechte Instrumente der Unternehmensfinanzierung eine wichtige Rolle, da sich insbesondere die privaten Banken bei der Finanzierung des Mittelstands und des Handwerks zurückhaltend zeigen. Für kleine Unternehmen ist es auch wichtig, durch

zielgerichtete Beratungsprogramme die eigene Managementkompetenz zu erhöhen. Darüber hinaus ist die Gründung neuer Unternehmen durch gezielte Förderung geeigneter Geschäftsideen zu unterstützen. Handwerk und Mittelstand können besonders von Bürokratieabbau und Deregulierung profitieren.

### 3. Innovation, Technologie und Qualifikation für die Zukunft

Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit einer modernen Wirtschaftsstruktur für Mecklenburg-Vorpommern ist die Sicherung und der Aufbau einer hohen Innovationsfähigkeit und technologischen Kompetenz. Neben einer engen Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Hochschulen unseres Landes sind deshalb gezielt die Maßnahmen fortzuführen und zu verstärken, die den Einsatz innovativer Verfahren und Technologien in Unternehmen ermöglichen.

In Mecklenburg-Vorpommern mangelt es nicht an Ideen. Was jedoch fehlt, ist die Entwicklung marktreifer Produkte, die in Mecklenburg-Vorpommern hergestellt werden und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Deshalb wird die SPD die Kooperation von Hochschulen und Unternehmen mit der Initiative „Wissen in die Marktwirtschaft“ fördern. Ein Instrument dazu ist die Bildung von Innovationsnetzwerken in Mecklenburg-Vorpommern, mit denen gezielt zukunftsorientierte Branchen unterstützt werden sollen. Erst mit der Verbindung von Forschung und Entwicklung einerseits und der unternehmensorientierten Anwendung andererseits entsteht dauerhafte Innovationskompetenz am Standort Mecklenburg-Vorpommern. Dazu brauchen wir auch mehr Risiko- bzw. Beteiligungskapital, um innovative Produkte markt- und wettbewerbsfähig zu machen.

Qualifikation, Aus- und Fortbildung sind maßgebliche Faktoren für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit einer Region. Das Arbeitskräftepotential und seine Fähigkeiten sind ein wichtiger Standortfaktor für Mecklenburg-Vorpommern und seine Innovationskompetenz. Neben den Investitionen in die berufliche Bildung sind deshalb die Angebote zur Aus- und Fortbildung in Zusammenarbeit mit den Unternehmen zu verbessern. Zur Unterstützung kleiner Unternehmen, die oftmals nicht in der Lage sind, alleine auszubilden, wird die Verbundausbildung weiter gefördert. Jeder Jugendliche, der will und kann, erhält nach wie vor ein Angebot zur Erstausbildung in Mecklenburg-Vorpommern.

Mit der Erstausbildung ist der Qualifikationsprozess jedoch noch lange nicht beendet. Regionen zeigen Innovationskompetenz, indem sie lebenslanges Lernen fördern, das Unternehmen zugute kommt. Die SPD wird deshalb zur Stärkung ausgewählter Zukunftsbranchen eine „Qualitätsoffensive zur Aus- und Fortbildung“ starten. Neben neuen Beschäftigungsfeldern, wie z. B. bei den Informations- und Kommunikationstechnologien, liegt ein Schwerpunkt bei den touristischen Dienstleistungen und der Gesundheitswirtschaft.

Wir wollen, dass Frauen die gleichen Karrierechancen und den gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft erhalten. Frauen sollen ihre Ansprüche im beruflichen und familiären Leben verwirklichen können. Deshalb sind die Erhöhung der Frauenerwerbsquote und die eigenständige Existenzsicherung Ziele unserer Politik.

Durch gezielte Angebote wollen wir das Spektrum der Berufswahl von Frauen verbreitern und durch angemessene Instrumente zur Erhöhung der Selbständigenquote von Frauen beitragen. Dazu gehört auch die weitere Unterstützung des Girls' Day-Mädchen-Zukunftstages, um Mädchen für technische und frauenuntypische Berufe zu begeistern. Projekte und Programme, die zur Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage von Frauen führen, sind uns deshalb ein besonderes Anliegen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden deshalb das sehr erfolgreiche Projekt „Modulare Qualifizierung in der Elternzeit“ den neuen arbeitsmarktpolitischen Bedingungen



anpassen und fortführen. Bewährte Netzwerke, die zur Erhöhung der Chancen von Frauen in ihrer beruflichen Entwicklung und ihren wirtschaftlichen Aktivitäten beitragen, wollen wir verstärkt unterstützen.

#### 4. Moderne Verkehrsinfrastruktur

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind Zukunftsinvestitionen in die Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Unternehmen. Der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sichert Arbeitsplätze und schafft bessere Bedingungen für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Die schnelle Erreichbarkeit des Landes von überregionalen Zielen aus steht dabei ebenso im Vordergrund wie die Erhöhung der Mobilität innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns.

Dazu ist vor allem der weitere Ausbau des Straßennetzes erforderlich. Von überregionaler Bedeutung sind die endgültige Fertigstellung der Autobahn A 241 zwischen Wismar und Schwerin sowie deren südliche Fortsetzung als A 14 bis in den mitteldeutschen Raum. Hinzu kommt die leistungsfähige Anbindung der Insel Rügen mit der zweiten Strelasundquerung, die vor allem für die weitere Entwicklung des Fährhafens Sassnitz-Mukran von strategischer Bedeutung ist. Innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns steht neben der Fertigstellung weiterer Ortsumgehungen vor allem der Erhalt des bestehenden Straßennetzes im Blickpunkt der öffentlichen Investitionen. Hierzu gehört auch die Verbesserung der Verkehrssituation innerhalb der touristischen Zentren (wie Usedom, Rügen, Fischland Darß, Müritz), sei es durch Beseitigung noch vorhandener Engpässe und vor allem durch Förderung öffentlicher Mobilitätsangebote. Ein besonderes Augenmerk gilt der Einrichtung von Kreisverkehren, um die Verkehrssicherheit im Land zu erhöhen.

Ein wichtiger Standortfaktor für Mecklenburg-Vorpommern im dynamisch sich entwickelnden Ostseeraum sind die bestehenden Häfen in Verbindung mit attraktiven Gewerbeflächen an der Kaikante. Die Häfen spielen aus logistischer Sicht für das Land eine herausragende Rolle. Entsprechende Investitionen in die Entwicklung der Seehäfen, insbesondere in Rostock, Sassnitz-Mukran, Stralsund und Wismar, sind deshalb ein wichtiger Beitrag für eine moderne Wirtschaftsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Bereich der Schienenverbindungen sind folgende Schwerpunkte zu setzen. Neben einer attraktiven überregionalen Anbindung an die Metropolen Berlin und Hamburg, vor allem durch den Ausbau der Strecken Rostock-Berlin, Stralsund-Pasewalk-Berlin sowie entsprechender Angebote für den Güterverkehr, unter anderem für den Ostseeraum, steht die SPD für den Erhalt eines leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr auf der Schiene oder, wenn dies wirtschaftlich sinnvoller ist, durch Busse. Verstärkter Wettbewerb von verschiedenen Anbietern kann hier hilfreich sein, um die Angebote zu verbessern.

Entscheidende Bedeutung für die überregionale Erreichbarkeit Mecklenburg-Vorpommerns hat die Anbindung an den internationalen Luftverkehr. Dies kann allein Rostock-Laage als Zentralflughafen für Mecklenburg-Vorpommern leisten, für den deshalb die vorhandenen Fördermittel gezielt einzusetzen sind.

#### 5. Eine vorausschauende Energiepolitik

Zu einer modernen Wirtschaftsstruktur gehört eine vorausschauende Energiepolitik, die den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft unseres Landes langfristig stabile und günstige Energiepreise sichert und die wirtschaftlichen Chancen moderner Energieerzeugung nutzt.

Mit der Anbindung an das internationale Gasnetz kann Lubmin bei Greifswald in den kommenden Jahren zum herausragenden Energiestandort unseres Landes entwickelt werden. Durch den Bau und den Betrieb hochwirksamer Gaskraftwerke und die Ansiedlung anderer energieerzeugender Betriebe können neue wertvolle Arbeitsplätze im Landesteil Vorpommern entstehen.

Mecklenburg-Vorpommern liegt beim Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bereits heute mit an der Spitze in Europa. Diese Position wollen wir in den kommenden Jahren weiter ausbauen. Die Erzeugung alternativer Energien schont nicht nur unsere natürliche Lebensgrundlage. Sie eröffnet uns auch Chancen für wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze, zum Beispiel im Windkraftanlagenbau oder bei der Erzeugung von Biomasse.

Die Stromerzeugung aus Windkraft an Land soll sich zukünftig schwerpunktmäßig auf das Ersetzen mehrerer kleinerer Anlagen durch wenige größere und das Auffüllen von Lücken innerhalb der jetzt bestehenden Eignungsräume konzentrieren. Auf See sollen zukünftige Anlagen nur nach sorgfältiger Abwägung aller Interessen und Belange errichtet werden.

Verstärkt sollen in Zukunft die Möglichkeiten der Stromerzeugung aus Biomasse und Solarenergie genutzt werden. Mecklenburg-Vorpommern wird sich um von der EU oder dem Bund geförderte Pilotprojekte bewerben, die zum Ziel haben, zu wettbewerbsfähigen Kosten für den so erzeugten Strom zu kommen.

Eine besondere Chance für den ländlichen Raum sehen wir in der Herstellung von Biokraftstoffen und Biogas sowie in der energetischen Nutzung von Holz. Die SPD unterstützt Biogasverbundprojekte, die es einzelnen Biogaserzeugern ermöglichen, Biogas in Gasversorgungssysteme zu integrieren. Biomassenutzung ist eine Zukunftstechnologie für unser Land, weit über die Agrarwirtschaft hinaus. Wir wollen deshalb, dass das Deutsche Biomasseforschungszentrum nach Mecklenburg-Vorpommern kommt.

Einen erneuten Einstieg in die Atomenergie sowie eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernenergieanlagen zur Stromerzeugung in der BRD lehnen wir wegen der damit verbundenen Gefahren und der ungeklärten Endlagerung der radioaktiven Abfälle entschieden ab.

## 6. Mecklenburg-Vorpommern – das Tourismusland Nummer 1

Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Jahren eine beispiellose Erfolgsgeschichte im Tourismus geschrieben. Wir sind heute die beliebteste innerdeutsche Urlaubsregion. Die SPD will diese Erfolgsgeschichte gemeinsam mit der Tourismuswirtschaft unseres Landes fortschreiben. Deshalb unterstützen wir den Aufbau einer nationalen und internationalen „Tourismusmarke Mecklenburg-Vorpommern“ als zentrale Zielstellung.

Der Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern verfügt über weitere Wachstumspotenziale, vor allem außerhalb der Hauptsaison. Unser Land muss ganzjährig ein attraktives Urlaubsziel sein. Deshalb wollen wir die Tourismusinfrastruktur im Land weiter verbessern. Im Gesundheits-, Kultur-, Land-, Natur-, Reit- und Radtourismus sehen wir für unsere Tourismuswirtschaft durch saisonverlängernde und ergänzende Angebote in den Tourismusregionen besondere Wachstumschancen. Dabei muss die Tourismusentwicklung dem Prinzip des nachhaltigen, qualitativen Wachstums verpflichtet sein.

Um uns im Wettbewerb mit anderen Urlaubsregionen durchzusetzen, bedarf es hoher Qualitätsstandards für all unsere Angebote und einer weiteren Verbesserung des Qualitätsmanagements. Zugleich müssen die Betriebe der Tourismuswirtschaft ihr Angebot an unsere Gäste, z. B. durch verbesserten Service, noch attraktiver gestalten als bisher. Unsere Gäste sollen sich bei uns wohlfühlen. Kundenorientierung, Freundlichkeit, immer neue Ideen und ein

nachvollziehbares Preis-Leistungsverhältnis tragen entscheidend dazu bei, dass unsere Gäste gerne nach Mecklenburg-Vorpommern wiederkommen. Um dies zu erreichen, unterstützen wir die Einführung und Umsetzung von Qualitätsmanagement und Qualitätsstandards durch geeignete und vor allem nachhaltig wirksame Maßnahmen.

## 7. Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg zum Gesundheitsland

Gesundheit gilt als Megatrend des 21. Jahrhunderts. Bisher steht die öffentliche Diskussion über Kostensenkung und Finanzierung des Gesundheitswesens im Vordergrund, wenn über Gesundheitswirtschaft gesprochen wird. Wir wollen den Blick darauf richten, dass es auch um psychische und geistige Gesundheit und gute soziale Bezüge, Freizeit und Wellness geht. In diesem Sinne besitzt die Gesundheitswirtschaft enorme Wachstumschancen und bietet ein großes Potential zur Schaffung von Arbeitsplätzen: Chancen, die wir für Mecklenburg-Vorpommern nutzen wollen.

Die Menschen erreichen ein immer höheres Lebensalter und wollen ihr längeres Leben in Gesundheit genießen. Dafür sind sie auch immer mehr bereit, eigenes Geld zu investieren, beispielsweise für einen der Prävention dienenden Gesundheitsurlaub. Doch nicht nur Gesundheitstourismus wird ein Schwerpunkt sein: Auch im Bereich der Biotechnologien und Medizintechnik muss Mecklenburg-Vorpommern im Feld der Gesundheitswirtschaft Flagge zeigen. Hier kommt es darauf an, Kompetenznetzwerke und -zentren zu etablieren, um medizinische Produkte aus dem Land entwickeln und vermarkten zu können. Eine führende Rolle kommt dabei BioCon-Valley im Rahmen des ScanBalt-Verbundes zu. Darüber hinaus bietet die Gesundheitswirtschaft neue Perspektiven für weitere Wirtschaftsbereiche: So wird Ernährung für die Gesundheit ein weiterer wichtiger Baustein des Gesundheitslandes Mecklenburg-Vorpommern sein.

Die Grundlage für die Entwicklung zum Gesundheitsland bilden die folgenden Maßnahmen:

- ein Masterplan Gesundheitswirtschaft als inhaltliches und strategisches Fundament
- die Förderung der Gesundheitsinfrastruktur an geeigneten Standorten
- eine Qualitätsoffensive in der Aus- und Weiterbildung für Gesundheitsberufe
- die Vernetzung der Aktionsfelder von der Präventivmedizin über den Gesundheitstourismus bis zur Ernährung und
- die Vermarktung des Gesundheitslandes, z. B. durch die Etablierung eines regelmäßig stattfindenden Gesundheitskongresses.

## 8. Wettbewerbsfähige Land- und Ernährungswirtschaft

Die Land- und Ernährungswirtschaft hat sich in den letzten Jahren mit der Produktion und Veredelung hochwertiger Lebensmittel zu einer Wachstumsbranche in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Wir haben wettbewerbs- und zukunftsfähige Strukturen und werden diese weiter stärken. Es geht darum, noch mehr Wertschöpfung in unserem Land zu realisieren und deshalb gilt es, die Kette von der Urproduktion über die Verarbeitung bis zur Ladentheke noch besser zu verzahnen.

Kein anderer Bereich der Volkswirtschaft ist so sehr von europäischen und nationalen Rahmensetzungen geprägt wie die Agrarwirtschaft. Die finanziellen Voraussetzungen für die Förderperiode 2007–2013 geben unserer Landwirtschaft Stabilität, bedingen aber auch eine klare Ausrichtung auf mehr Wettbewerb sowohl im konventionellen wie auch im ökologischen Bereich.

Die SPD setzt auf eine Agrarpolitik der Kontinuität, Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Gesellschaftlich notwendige Wandlungsprozesse werden wir auch weiterhin im partnerschaftlichen Dialog mit den Landwirten gestalten.

Unser Land braucht unternehmerisch handelnde Landwirte, die die Marktchancen erkennen und nutzen, nachhaltig, tiergerecht und verbraucherorientiert wirtschaften, die ländlichen Räume entwickeln und als Gegenleistung auf die finanzielle und politische Unterstützung der Gesellschaft zählen können.

Deshalb achten wir darauf, dass alle landwirtschaftlichen Unternehmen unabhängig von ihrer Betriebsgröße, ihrem Produktprofil und ihrer Rechtsform gleichberechtigt nebeneinander wirtschaften können.

Wir wollen die Strategie „Wege weg vom Öl“ in unserem Land mit Leben erfüllen. Deshalb müssen die steuerlichen Vorteile in diesem Bereich mindestens bis 2009 deutlich spürbar bleiben. Der Landwirt soll sich zum Energiewirt der Zukunft entwickeln können.

Eine auf die breite Eigentumsstreuung gerichtete Bodenpolitik bleibt sozialdemokratische Herzenssache. Um den durch die Privatisierung der BVVG-Flächen entstehenden Kaufdruck von den hiesigen Landwirtschaftsbetrieben zu nehmen und ihnen gleichzeitig ihre wichtigste Produktionsgrundlage langfristig zu sichern, setzen wir uns bei der Bundesregierung dafür ein, die Verpachtung der Landwirtschaftsflächen zeitlich weiter zu strecken. Wir sind bereit, diese Flächen auch in die Hoheit des Landes zu übernehmen.

Für die SPD ist der ländliche Raum ohne eine weitgehende flächendeckende, umweltgerechte Landbewirtschaftung undenkbar. Aber im Zuge der EU-Agrarreform werden sich mittelfristig Differenzierungen zwischen Regionen und Standorten ergeben, so dass sich Landwirtschaft im herkömmlichen Sinne nicht mehr auf allen Flächen lohnt und sinnvoll ist.

Unser Ziel ist es, die Landnutzung in besonderen Ungunslagen und in ökologisch sensiblen Gebieten im Sinne der Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft zu gewährleisten und entsprechend zu fördern. Das wichtigste agrarstrukturelle Förderinstrument, die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“, muss in den kommenden Jahren gerade dazu stärker genutzt werden. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei auch die Stärkung der Landschaftspflegeverbände.

Eine moderne Landwirtschaft muss heute die Erhöhung der Qualität sowohl pflanzlicher als auch tierischer Produkte, einen vorsorgenden Verbraucherschutz, Ressourceneffizienz und die weitere Verringerung der Umweltbelastungen anstreben.

Bei der Anwendung und Erforschung der Agrobiotechnologien setzen wir Sozialdemokraten uns auf der Grundlage der EU-Vorgaben für die Koexistenz oder Anbauformen mit und ohne gentechnisch veränderte Organismen (GVO), für Transparenz und Kennzeichnungspflicht aller Produkte sowie für die Wahlfreiheit sowohl für die Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für die Landwirte ein.

## 9. Die Entwicklung ländlicher Räume

Stärkung der Agrarwirtschaft unseres Landes und die Entwicklung des ländlichen Raumes sind zwei Seiten einer Medaille, um Wachstum und Beschäftigung auch in strukturschwachen ländlichen Regionen zu ermöglichen. Gerade darauf richtet sich der Reformprozess der gemeinsamen Agrarpolitik der EU in der Förderperiode 2007–2013 in besonderem Maße. Diese Möglichkeiten werden wir dafür nutzen, die Grundversorgung der ländlichen Räume zu sichern und sie damit als Räume mit Zukunft gestalten. Wir brauchen kräftige und zielgenaue investive Anreize, damit sich die Landwirte künftig zusätzliche Einkommensmöglichkeiten z. B. im ländlichen Tourismus, bei kommunalen Dienstleistungen sowie insbesondere bei der Energiegewinnung durch nachwachsende Rohstoffe erschließen. Wir wollen im Sinne der vielen ländlichen Kommunen und ihrer Menschen die Flurneuordnung, die Dorferneuerung und die ländliche Entwicklungspolitik auch unter komplizierten Finanzbedingungen fortsetzen. Das Primat haben dabei investive und arbeitsplatzschaffende Maßnahmen und Projekte.

## 10. Moderne Verbraucherpolitik

Wir treten für eine moderne Verbraucherpolitik ein, die ein zentraler Baustein für eine hohe Lebensqualität im Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern ist. Die Qualität der Produkte und die Gewährleistung höchster Standards der Lebens- und Futtermittelsicherheit sind ein Wettbewerbsvorteil für unser Land. Ein funktionierender Wettbewerb und starke Verbraucherrechte gehören zusammen. Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe vieler Politik- und Wirtschaftsbereiche wollen wir administrativ bündeln.

## 11. Forst und Fischerei

Die SPD steht für eine Forstpolitik, die eine naturnahe, nachhaltige Waldbewirtschaftung, gut organisierte Hege und Pflege des Wildes, den Erhalt der vielfältigen Funktionen der Wälder sowie deren ökologische Stabilität zum Ziel hat. Es kommt uns insbesondere darauf an, die nachhaltige und umfassende Nutzung der einheimischen Ressource Holz zu forcieren, um damit den sich entwickelnden Holzwirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern weiter zu stärken. Wir setzen uns auch für den Ausbau der Beratung und Betreuung der Eigentümer von Privatwald ein. Ein Grundpfeiler dafür ist eine effizient wirtschaftende und agierende Landesforstanstalt.

Für Mecklenburg-Vorpommern sind die Binnen- und Küstenfischerei wichtige Wirtschaftsfaktoren. Sie sind in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Dabei kommen dem Bestandsschutz und der Bestandsentwicklung der Fischpopulationen als Basis der Fischerei besondere Bedeutung zu. Bei der Verpachtung der Gewässer unterstützen wir die Interessen der Angler als Freizeitsportler.

## 12. Kleingartenwesen

Das Kleingartenwesen hat in Mecklenburg-Vorpommern eine lange Tradition und eine besondere soziale Bedeutung. Wir werden die Kleingärtner dabei unterstützen, zur Bestandssicherung der Kleingartenanlagen eine Festschreibung in Flächennutzungs- und Bauleitplanungen zu erreichen und ungeklärte Vermögensfragen in den Kleingartenanlagen zu überwinden.

## 13. Eine nachhaltige Umweltpolitik schafft Arbeit

Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze, sondern aufeinander angewiesen. Deshalb steht eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Umweltpolitik. In Anbetracht der globalen umweltpolitischen Herausforderungen tritt die SPD Mecklenburg-Vorpommerns für die konsequente Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips in allen Politikbereichen ein. Dazu ist die Landesagenda 21, ein Leitbild für die nachhaltige Entwicklung des Landes, schnellstmöglich zu verabschieden.

Die Förderung von Umweltschutz und -technologien bietet für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung eine enorme Chance. Mecklenburg-Vorpommern ist erfolgreich auf dem Weg zum Tourismus- und Gesundheitsland Nr. 1 in Deutschland. Zu einer modernen Gesundheitswirtschaft und gesunden Lebensbedingungen gehört auch der Umweltschutz. Mecklenburg-Vorpommerns einzigartige Natur und Landschaft sind das Grundkapital für diese Entwicklung. Das müssen wir gemeinsam bewahren. Deshalb beziehen wir klar Stellung gegen das geplante Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide und gegen Braunkohle-Tagebau bei Lübtheen. Gemeinsam mit den

Bürgerinnen und Bürgern vor Ort werden wir alles tun, um diese massiven Eingriffe in unsere einmalig schöne Landschaft zu verhindern.

## 14. Umwelt und Naturschutz

Wir wollen den Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern verbessern, indem wir den Bau hocheffizienter Gaskraftwerke und den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern. Wir setzen auf eine höhere Energieeffizienz und Energieeinsparung. Der ressortübergreifende Aktionsplan "Klimaschutz" soll zügig umgesetzt werden.

Wir setzen uns für die zügige 1:1-Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und der EU-Vogelschutzrichtlinie ein, die die wirtschaftlichen Entwicklungsziele unseres Landes unterstützen. Die Umsetzung der EU-Vogelschutzrichtlinie soll auf Basis der gemeldeten FFH-Gebiete erfolgen, wobei zu prüfen ist, ob und welche Gebiete zusätzlich zu melden sind. Es sollen Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt gesichert werden, die Grundlage für die einzigartige Landschaft Mecklenburg-Vorpommerns sind. Diese Meldungen werden mit den wirtschaftlichen und touristischen Entwicklungszielen abgestimmt, damit der Schutz der biologischen Vielfalt mit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern Hand in Hand geht.

Um die konkrete Umsetzung im Zusammenhang mit den Bewirtschaftungsplänen und den Maßnahmenprogrammen zu fördern, sollen auch Maßnahmen im Rahmen des Moorschutzprogramms genutzt werden. Umweltbildung und ihre thematische Erweiterung, die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sind wesentliche Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Daher setzen wir uns für eine konsequente Unterstützung bereits bestehender Aktivitäten etwa im schulischen Bereich, aber auch im Rahmen von Agenda-21-Prozessen ein. Weitere Impulse werden diese Themen durch die UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ 2005 bis 2014 erhalten. Diese gilt es, für unser Land zu nutzen und im Sinne einer in die Zukunft gerichteten Bildungspolitik zu stärken.

## 15. Arbeitsmarktpolitische Instrumente

Die SPD wird den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im Land noch weiter intensivieren. Weil in Mecklenburg-Vorpommern mittelfristig noch nicht ausreichend Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen werden, müssen wir mit aktiver Arbeitsmarktpolitik Angebote schaffen, die eine gesellschaftliche Teilhabe Arbeitssuchender und ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt verbessern.

Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Ausgestaltung der Arbeitsmarktinstrumente ein. Die einzelnen Förderinstrumente müssen Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit zugute kommen. Um die geschlechterbezogenen Auswirkungen feststellen und auswerten zu können, sind alle Arbeitsmarktdaten geschlechtsspezifisch zu erheben und auszuwerten.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik des Bundes bietet die Chance, Langzeitarbeitslose in Mecklenburg-Vorpommern schneller in Arbeit zu bringen. Diese Chance müssen alle Arbeitsmarktakteure noch stärker als bisher nutzen. Wichtig ist uns dabei insbesondere, dass die neuen gesetzlichen Qualitätsstandards bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit umfassend erfüllt werden. Hierzu werden wir unseren Einfluss auf der Bundesebene, aber auch auf der Ebene der örtlich zuständigen Arbeitsgemeinschaften geltend machen. Denn jeder Jugendliche unter 25 Jahren hat einen Anspruch auf einen Arbeitsplatz, eine Ausbildungsgelegenheit oder zumindest eine Arbeitsgelegenheit.

Gleichwohl ist es uns wichtig, dass die Angebote für jüngere Erwerbslose keine „Maßnahmekarrieren“ einleiten, sondern für den Arbeitsmarkt qualifizieren müssen. Ausbildungsangebote sind stärker auf ihre Arbeitsmarktnähe zu überprüfen und sollten auch neue Berufsfelder in zukunftsorientierten Branchen erschließen. Wir haben bereits wichtige Verbesserungen am Sozialgesetzbuch II erreicht, indem das Arbeitslosengeld II in den neuen Bundesländern auf Westniveau angeglichen und die Rahmenbedingungen bei Zuverdienstmöglichkeiten und der Einkommensanrechnung verbessert.

Wir setzen uns für weitere Veränderungen im SGB II ein. Wir wollen, dass an die Empfänger von ALG II zumutbare Arbeitsplätze vermittelt werden, deren Vergütung sich an orts- und branchenüblichem Lohn orientiert. Dazu müssen zugleich Gesetzeslücken geschlossen werden, die ungewollte Leistungsmittnahmeeffekte ermöglichen.

Darüber hinaus ist uns wichtig, dass auch diejenigen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben, aber langzeitarbeitslos sind, einen Anspruch auf Zugang zu Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik haben. Denn jeder erwerbsfähige Arbeitsuchende muss die Gelegenheit bekommen, am Arbeitsleben teilzuhaben und so in Würde ein selbst bestimmtes Leben führen zu können.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Branchen, in denen keine Existenz sichernden Tariflöhne bestehen oder diese nicht eingehalten werden, umgesetzt wird.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist eine wesentliche Konzentration der verschiedenen Instrumente im SGB III und SGB II erforderlich. Denn vielfach erschweren gleichartige Instrumente mit unterschiedlichen und zudem sehr komplexen gesetzlichen Voraussetzungen die praktische Handhabung durch die zuständigen Arbeitsverwaltungen.

Das lebenslange Lernen und die kontinuierliche Weiterbildung, insbesondere auf beruflicher Ebene, sind Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten. Wir nehmen deshalb die Herausforderung an, gemeinsam mit den Tarifparteien nach neuen Wegen zur Verbesserung des betrieblichen Bildungswesens im Allgemeinen und zur Verstärkung von betrieblichen Bildungsinvestitionen im Besonderen zu suchen.

Mit der Arbeitsmarktpolitik des Landes ergänzen wir die Bundesarbeitsmarktpolitik und investieren in die Köpfe und Fertigkeiten der Menschen in unserem Land. Insbesondere beim Einsatz des Europäischen Sozialfonds setzen wir die nachfolgenden drei Schwerpunkte:

- Wir setzen auch in der nächsten Förderperiode 2007-2013 einen erheblichen Teil der Finanzmittel in den Bereichen der berufsbegleitenden Weiterbildung und des lebenslangen Lernens ein. Wir legen dabei aber großen Wert darauf, dass die bestehenden Weiterbildungsstrukturen und -angebote auf den Prüfstand kommen und neue Qualitätsstandards gesetzt werden.
- Wir tragen dafür Sorge, dass Erwerbsmöglichkeiten für Arbeitsuchende in Mecklenburg-Vorpommern auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden. Daneben fördern wir sinnvolle Maßnahmen im gemeinwohlorientierten Beschäftigungssektor - beispielsweise haben wir die Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit bis in das Jahr 2013 auf dem Niveau des Jahres 2005 verstetigt.
- Dabei prüfen wir auch, wie arbeitsmarktpolitische Projekte in diesem Bereich noch wirksamer ausgestaltet werden können.

- Wir unterstützen insbesondere nachhaltige und innovative Existenzgründungen wie z. B. durch Förderung der Verwertung von Forschungsergebnissen im Rahmen von Ausgründungen aus Hochschulen. Darüber hinaus fördern wir die Netzwerktätigkeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen und leisten auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Etablierung eines Gründerklimas in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir sind entschlossen, mit der neuen Förderperiode die bestehenden Effizienzreserven bei den Organisationsstrukturen der Arbeitsmarktpolitik im Land zu aktivieren und die einschlägigen Förderrichtlinien zukünftig konzentrierter und damit auch wirksamer und transparenter zu gestalten.



## II. Bildung und Gerechtigkeit

Wer das Land voranbringen will, muss in die Köpfe seiner Menschen investieren. Über Teilhabe an der Gesellschaft und soziale Sicherheit entscheidet in der Wissensgesellschaft mehr als je zuvor der Bildungsstand jedes Einzelnen. Gute Bildungspolitik ist letztlich die beste, langfristig angelegte Sozialpolitik. Sie ist zugleich der entscheidende Schlüssel für eine Gesellschaft möglichst gleicher Chancen für alle. Wir wollen daher in diesem Bereich für jeden Einzelnen langfristig mehr Geld zur Verfügung stellen als andere mit Mecklenburg-Vorpommern vergleichbare Bundesländer. Allerdings ist dies nur sinnvoll und gerechtfertigt, wenn alle Bildungssysteme im Land effizient organisiert und aufeinander abgestimmt sind. Dauerhaft höhere Investitionen in Bildung und Wissenschaft sowie effiziente Bildungssysteme gehören daher für uns untrennbar zusammen.

In der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts sind die traditionellen Grenzen zwischen Bildungs- und Sozialpolitik nicht mehr zeitgemäß. Beide müssen künftig gemeinsam gedacht und gezielt an geeigneten Stellen miteinander verzahnt werden, um das eigentliche Ziel zu erreichen: Gut ausgebildete Menschen, die in sozialer Sicherheit leben und ihr Leben in eigener Würde und solidarischer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gestalten können.

Die Politik der gleichen Lebenschancen beginnt in der Kinder- und Familienpolitik, setzt sich fort in der Schul- und Hochschulpolitik und reicht hinein bis in die Welt des lebensbegleitenden Lernens. Bildung hört nicht mit der Schule auf, sondern muss in der Wissensgesellschaft selbstverständlicher Bestandteil des gesamten Lebens werden. So können die Menschen immer wieder neue Chancen erhalten, um ihr Leben selbstbestimmt und in sozialer Verantwortung zu meistern. Die Bildungseinrichtungen unseres Landes sollen darüber hinaus in besonderer Weise dazu beitragen, eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu erreichen.

### 1. Kindertagesstätten: Bildung von Anfang an

Die SPD-geführte Regierung hat in den letzten Jahren wichtige Weichen zur Aufwertung frühzeitiger Bildung und Erziehung gestellt. Der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten wurde gesetzlich verankert. Vor allem die Einführung der vorschulischen Bildung im letzten Kindergartenjahr war eine wichtige Reform im Sinne eines zukunftsfähigen Bildungssystems. Der eigenständige Bildungsauftrag der Kindertagesstätten soll schrittweise für weitere Altersgruppen konkretisiert werden. Die SPD hält jedoch am besonderen Schwerpunkt bei der Vorbereitung auf die Schule im letzten Kindergartenjahr fest. Es ist zu prüfen, wie der Besuch des Vorschuljahres verbindlicher gestaltet werden kann, um vor allem besonders förderungsbedürftigen Kindern einen gleichberechtigten Start in das Schulleben zu ermöglichen.

Der Übergang aus dem Kindergarten in die Grundschule muss weiterhin verbessert werden. Hierzu ist die Zusammenarbeit zwischen Erzieherinnen und Erziehern und Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern zu verbessern und verbindlicher zu regeln. So sollten die Grundschullehrer schon in der Vorschule Kontakt mit den zukünftigen Erstklässlern aufnehmen. In den Kindergärten sollen Entwicklungsberichte für die Lehrerinnen und Lehrer der Grundschulen angefertigt werden, um Wissensverluste hinsichtlich des Kompetenzstandes der Kinder zu vermeiden. Auch ist der Entwicklungsstand der Kinder vor Beginn des Vorschuljahres festzustellen, um gezielte Fördermaßnahmen ergreifen zu können.

Berufs- und Teilhabechancen in der Gesellschaft kann nur derjenige erwerben, der die deutsche Sprache beherrscht. Deshalb ist es notwendig, die Sprachkompetenz von Kindern im Vorschulalter stärker zu fördern. Wir wollen sprachliche Defizite durch geeignete Instrumente frühzeitig erkennen und durch entsprechende Förderung beheben.

Die Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen muss verbessert und den neuen Herausforderungen wie dem Vorschuljahr angepasst werden. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern strebt daher eine Reform der Erzieher- und Erzieherinnenausbildung an, die zu einer klaren Spezialisierung zu Erziehern und Erzieherinnen für Elementarpädagogik einerseits und Jugendbetreuung andererseits führt. Wir sprechen uns dafür aus, den Studiengang „early education“ an der Hochschule Neubrandenburg konsequent als dualen Studiengang für die Leitung von Kindertagesstätten und für die Fachberatung zu entwickeln. Zugangsvoraussetzung sollte eine mehrjährige Berufserfahrung als Kindergärtnerin oder Kindergärtner sein.

## 2. Ein modernes und gerechtes Schulsystem

Die allgemein- und berufsbildenden Schulen sind das Herz einer modernen Wissensgesellschaft: In ihnen wird entschieden, welches Bildungsniveau eine Gesellschaft insgesamt erreicht und zu welchem Maß an Gerechtigkeit und Innovation sie fähig ist. Gute Schülerinnen und Schüler sind letztlich auch die Grundlage für ein hohes Leistungsniveau unserer Hochschulen. Die Schulen sollen und müssen daher zwei Ziele zugleich erreichen: gute Leistungen und ein Höchstmaß an Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler. Die Schule hat darüber hinaus auch einen Erziehungsauftrag, der die jungen Menschen mit der notwendigen sozialen Kompetenz ausstatten und sie für das Leben in einer demokratischen Gesellschaft befähigen soll.

Die Ergebnisse des PISA-Tests haben gezeigt, dass insbesondere der PISA-Sieger Finnland diesem Anspruch sehr nahe kommt. Die SPD will sich daher unter den besonderen Bedingungen Mecklenburg-Vorpommerns langfristig am finnischen Schulsystem orientieren. Unter der Voraussetzung des längeren gemeinsamen Lernens bedeutet dies für uns vor allem: mehr Selbstständigkeit für Schulen, individuelle Förderung und eine moderne Qualitätssicherung und -entwicklung.

Um diesen Weg für die Bürgerinnen und Bürger so transparent und anschaulich wie möglich zu gestalten, wollen wir in allen vier Regionen unseres Landes eine der „Selbstständigen Schulen“ dafür gewinnen, eine Modellschule nach finnischem Vorbild zu werden.

### Gemeinsames Lernen

Das längere gemeinsame Lernen kann entscheidend dazu beitragen, ein hohes Bildungsniveau unabhängig von der sozialen Herkunft zu erreichen. Mecklenburg-Vorpommern kann es sich nicht leisten, einen Teil der zukünftigen Erwachsenen schon im Voraus auszugrenzen. Vom längeren gemeinsamen Lernen profitieren durch gezielte Zusammenarbeit nicht nur die leistungsschwächeren, sondern auch die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler. Langfristig wollen wir die Quote der Hochschulzugangsberechtigten auf den bundesdeutschen Durchschnitt von 40% anheben.

Wir haben Konsequenzen aus den PISA-Tests gezogen und das längere gemeinsame Lernen aller Schüler in einem ersten Schritt in den Jahrgangsstufen 5 und 6 eingeführt. Zur Wahrheit gehört jedoch, dass dies nicht nötig gewesen wäre, wenn nach der Wende nicht das dreigliedrige Schulsystem nach bayerischem Vorbild eingeführt worden wäre. Unser erklärtes Ziel ist es, unter Berücksichtigung der Regelungen der Kultusministerkonferenz zur Anerkennung der Abschlüsse das längere gemeinsame Lernen auf die Klassenstufen 7 und 8 auszuweiten. Ein bundesweites Zentralabitur in den Kernfächern wäre hierfür die beste Lösung.

Die Einführung des längeren gemeinsamen Lernens führt auch dazu, dass in einem dünn besiedelten Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern viele Schulen in der Fläche erhalten werden können. Nach den erheblichen Veränderungen der letzten Jahre, die durch den dramatischen Rückgang der Schülerzahlen verursacht wurden, ist deshalb mit den jüngsten Entscheidungen zur Schulstruktur

voraussichtlich ein langfristig bestandsfähiges Schulnetz geschaffen worden.

Gemeinsames Lernen bedeutet aber auch, eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an den öffentlichen Bildungseinrichtungen zu gewährleisten. Die Realisierung und der allmähliche weitere Ausbau des gemeinsamen Unterrichts erfordern die Zusammenarbeit von allgemeiner Schule und Förderschule. Die Förderschule verändert sich so zum sonderpädagogischen Förderzentrum, an dem die gesamte fachspezifische Kompetenz bereitgehalten wird.

### Mehr Selbstständigkeit für Schulen

Die Schule der Zukunft ist die verantwortliche und deshalb selbstständige Schule. In den Schulen vor Ort kann man in der Regel flexibler und schneller auf die konkreten Probleme reagieren. Mehr Selbstständigkeit von Schule soll insbesondere in den Bereichen Unterrichtsgestaltung und -organisation, Mittelbewirtschaftung, Personalmanagement und Kooperation mit außerschulischen Partnern realisiert werden. Hierzu gehört für uns auch eine Überprüfung der derzeitigen Stundentafeln mit dem Ziel, den Schulen einen eigenen Stundenpool zur Verfügung zu stellen.

Mehr Selbstständigkeit für die Schule ist für uns aber immer auch mit der Forderung nach demokratischer Selbstverwaltung nach innen und Transparenz nach außen verbunden. Zur inneren Selbstverwaltung gehört die Beteiligung von Lehrenden und Lernenden und dort, wo es sinnvoll ist, auch die Beteiligung gesellschaftlicher Akteure. In einem solchen Klima gewinnen auch die Schulprogramme an Leben, weil die Möglichkeiten der Gestaltung vor Ort steigen. Dadurch bekommen wir die Vielfalt, die unser Schulwesen in Mecklenburg-Vorpommern benötigt.

Dem Ansatz der örtlichen Verantwortlichkeit folgend, haben wir das Modellprojekt „Selbstständige Schule“ auf den Weg gebracht. Die ersten Erkenntnisse und Erfahrungen sind aussichtsreich. Sie werden allen Schulen unseres Landes zugänglich gemacht und finden Berücksichtigung in der weiteren Schulentwicklung. Bestätigen sich die positiven Resultate, streben wir eine flächendeckende Einführung der „Selbstständigen Schule“ in Mecklenburg-Vorpommern an.

Mehr Selbstständigkeit und eine stärkere Profilierung der einzelnen Schulen macht nur dann Sinn, wenn die Schüler und ihre Eltern auch die Wahl zwischen verschiedenen Schulen haben. Jedoch wird dieses Wahlrecht in einem Flächenland nur bedingt möglich sein. Im Rahmen der Verwaltungs- und Kreisgebietsreform wollen wir das Wohnortprinzip nach der Grundschule aufheben. Wir sind davon überzeugt, dass dies langfristig die Qualität der einzelnen Schulen weiter verbessern und unnötig lange Schulwege vermeiden wird.

Die selbstständige Schule erfordert vor allem vom Schulleiterinnen und Schulleiter ein verändertes Aufgabenprofil. Neben der pädagogischen Ausbildung müssen Erfahrungen im Qualitäts- und Personalmanagement und betriebswirtschaftliche Kompetenzen treten. Um diesen Wandel zu begleiten, streben wir an einer Hochschule des Landes einen Qualifizierungsstudiengang für SchulleiterInnen an.

Die Regionalisierung der Verantwortung ist in besonderem Maße für die Berufsschulen und die regionale Wirtschaft von Bedeutung. Unser Ziel ist eine im bundesweiten Vergleich moderne Berufsschulstruktur, die die Schaffung von regionalen Berufsbildungszentren vorsieht.

### Qualitätssicherung und -entwicklung

Regelmäßige Überprüfung der Leistungen nicht nur der Lernenden, sondern auch der Lehrenden und der einzelnen Schulen sind ein wichtiger und selbstverständlicher Bestandteil eines freiheitlichen

Schulsystems. Dazu gehört auch eine verbindliche externe Evaluation. Die Schulen unseres Landes werden sich regelmäßig einer umfassenden Qualitätsanalyse unterziehen. Die Einhaltung nationaler Bildungsstandards wird in unserem Land im Rahmen von länderübergreifenden Orientierungs- bzw. Vergleichsarbeiten in den Jahrgangsstufen 3, 6 und 8 überprüft. Die Ergebnisse dieser Leistungsvergleiche dienen der Schulentwicklung und helfen den Lehrern und Eltern, individuelle Leistungsdefizite festzustellen, und geben Hinweise zur individuellen Förderung des einzelnen Schülers. Die Ergebnisse werden allen an Schule Beteiligten, also Lehrern, Schülern, Eltern, dem Schulträger und der Schulaufsicht zur Einsicht vorgelegt, um die Transparenz schulischer Arbeit zu verstärken. Auch werden wir geeignete Maßnahmen prüfen, um die Ergebnisse der Schulevaluation verstärkt der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Gute Schulen benötigen vor allem gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Die SPD steht dafür, dass Lehrerinnen und Lehrer hierfür alle notwendige Unterstützung erhalten. Im Rahmen des Lehrerpersonalkonzeptes sind geeignete Maßnahmen zu treffen, die feste Stammkollegien an den Schulen ermöglichen. Nur so entsteht die Bereitschaft und Motivation, Verantwortung für die eigene Schule zu übernehmen und sie gemeinsam mit Eltern und Schülern weiter zu entwickeln. Auch sollten künftig Qualität und Leistung im Lehrerpersonalkonzept gegenüber dem Prinzip der reinen Fachlichkeit eine größere Bedeutung erhalten.

### Individuelle Förderung und soziale Kompetenz

Langfristig wollen wir nach Alternativen suchen, damit Schüler mit schlechten Leistungen nicht mehr „sitzen bleiben“ oder in eine andere Schulart abgeschoben werden. Wissenslücken oder Unterschiede in den Leistungen müssen unmittelbar aufgefangen werden. Aus diesem Grund wollen wir schrittweise ein differenziertes Fördersystem einrichten, wodurch individuelle Stärken und Schwächen früher erkannt werden und entsprechend reagiert werden kann. Insbesondere die angestrebte stärkere Selbstständigkeit der Schulen soll hier den Lehrenden vor Ort Mittel und Möglichkeiten an die Hand geben.

Eine weitere Chance für eine bessere individuelle Förderung liegt aber auch in der Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeitern. Wir wollen das Landesprogramm „Jugend- und Schulsozialarbeit“ konsequent auf Schulsozialarbeit konzentrieren und so dem Grundgedanken der Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik gerecht werden. In jeder weiterführenden Schule des Landes soll künftig mindestens ein Schulsozialarbeiter tätig sein.

Auch die Ganztagschule ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung von individueller Förderung, weil sie den Schulen eine flexible Gestaltung des Unterrichts mit mehr individueller Betreuung erlaubt. Sie ist zugleich ein Beitrag zur Chancengleichheit der Geschlechter, da sie die Erwerbstätigkeit beider Elternteile erleichtert. Mit uns wird das Netz von Ganztagschulen als moderne Schulform weiter ausgebaut. Dabei kommt der Entwicklung zu gebundenen Ganztagschulen eine besondere Bedeutung zu.

Mädchen und Jungen sollen in ihrer Individualität gestärkt und tradierte Rollenfestlegungen hinterfragt werden. Sie sollen sich in Schule und Freizeit bei aller Verschiedenheit gleichberechtigt und gleichwertig wahrnehmen. Die grundsätzlichen und fachlichen Standards für eine geschlechtersensible schulische Bildungs- und Jugendarbeit werden weiterentwickelt.

Im Rahmen ihres Erziehungsauftrages muss die Schule einen Beitrag zum Abbau von Intoleranz und Ausgrenzung leisten. Die beste Strategie gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist eine demokratische Kultur, in der Toleranz und Weltoffenheit zum gesellschaftlichen Selbstverständnis zählen. Entscheidend ist, dass Kinder und Jugendliche durch ihre Eltern, im Kindergarten und in der Schule Wertschätzung und Vertrauen erfahren. Deshalb muss die

Schule ein Ort sein, an dem die Schülerinnen und Schüler Demokratie erleben und mitgestalten, wo sie frühzeitig für sich und andere Verantwortung übernehmen und lernen, konstruktiv mit Ängsten und Konflikten umzugehen. Zur weiteren Gestaltung dieses Prozesses werden Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen von Lehrerbildung und -fortbildung befähigt. Die Schülerinnen und Schüler müssen über ihre Mitwirkungsrechte an der Schule im Unterricht aufgeklärt, vor allem aber in die Lage versetzt werden, diese auch wahrzunehmen.

Die zunehmende Internationalisierung hat dazu geführt, dass immer mehr Kinder in ihrem Lebensumfeld eine Vielzahl fremdsprachlicher Elemente vorfinden. Dies erhöht die Bedeutung der Fremdsprachenkenntnisse in Beruf und Privatleben beträchtlich. Die Erweiterung des einstündigen auf einen jeweils dreistündigen Fremdsprachenunterricht in den Jahrgangsstufen 3 und 4 trägt diesen Anforderungen Rechnung. Projekte zum Erlernen der polnischen Sprache insbesondere in den grenznahen Gebieten finden unsere besondere Unterstützung. Außerdem sehen wir in der verstärkten Zusammenarbeit von Schulen und Bibliotheken einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Lesekompetenz.

Zukünftig soll der Sportunterricht die Schüler darin vermehrt unterstützen, Kompetenzen für den Erhalt und die Förderung der eigenen Gesundheit zu entwickeln. Deshalb werden wir das Fach Sport zum Fach „Sport und Gesundheitslehre“ weiter entwickeln und dieses Profil bereits in der Lehrerbildung berücksichtigen. Dabei wird jedoch der Schwerpunkt des neuen Faches auf der praktischen Entwicklung und Erhaltung körperlicher Fitness liegen, um einen Ausgleich für den bewegungsarmen Schultag zu gewährleisten.

### 3. Starke Hochschulen für die Wissensgesellschaft von morgen

Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben eine für die Landesentwicklung herausragende Bedeutung. Sie dienen der Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung und Entwicklung, Lehre und Studium sowie Weiterbildung. Vor allem sind sie in strukturschwachen Regionen Träger gesellschaftlicher Innovation und wirtschaftlicher Prosperität. Gerade dies macht es notwendig, sie in Zeiten des demografischen Wandels und der Wissensgesellschaft zielgerichtet und zukunftsfähig weiterzuentwickeln und ihre Zusammenarbeit – auch mit der Wirtschaft – zu intensivieren.

Wir wollen den Innovationstransfer von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zur regionalen Wirtschaft in enger Abstimmung zwischen Bildungs- und Wirtschaftsministerium ausbauen. Durch Unterstützung von wissensbasierten Ausgründungen soll jungen Hochschulabsolventinnen und -absolventen eine Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern gegeben werden.

Mit der Förderung von Landesforschungsschwerpunkten sind erste wichtige Schritte unternommen worden, um zukunftsfähige Forschungsfelder mit dem Ziel „Forschung schafft Arbeitsplätze“ zu entwickeln. Diesen Prozess gilt es fortzusetzen, um in Spitzenforschung und Technologietransfer national wie international wettbewerbsfähig zu werden.

#### Die Chancen der Wissensgesellschaft ergreifen

Derzeit erwerben nur etwa 16% aller Jugendlichen in unserem Bundesland einen Hochschulabschluss. Dies ist für eine moderne Wissensgesellschaft eindeutig zu wenig. Die SPD will daher langfristig die Absolventenquote auf etwa 30% steigern. Die Hochschulen und das Land können hierzu durch eine höhere Übergangsquote, durch zunehmenden Zutritt ins Hochschulsystem aus dem Berufsleben heraus sowie durch einen verbesserten Studienerfolg beitragen. Derzeit

erwerben nur 6 von 10 Studierenden in Mecklenburg-Vorpommern einen Hochschulabschluss im Land. Ziel muss es sein, die Studienerfolgsquote künftig auf mindestens 80% anzuheben. Das Land wird diesen Prozess u. a. durch eine verstärkte erfolgsorientierte Mittelzuweisung an die Hochschulen unterstützen.

Auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen bleibt es unser Ziel, für den ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss (einschließlich Master) weiterhin die Gebührenfreiheit zu erhalten. Zur Erhöhung der Ausbildungseffizienz strebt die SPD Mecklenburg-Vorpommern die Einführung sogenannter Studienkonten an. Studierende, die ihr Studium zügig beenden, sollen hierdurch mit Weiterbildungsmöglichkeiten belohnt werden. Insbesondere Studierende mit Kindern sollen im System der Studienkonten begünstigt werden. Die Einführung dualer Studiengänge wollen wir insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gezielt unterstützen.

### In die Wissensgesellschaft investieren

Das Land wird für seine Hochschulen auch zukünftig mehr Geld zur Verfügung stellen als vergleichbare Bundesländer wie Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz – und dies obwohl sich die bildungsrelevante Bevölkerung im engeren Sinne nach 2010 mehr als halbiert. Mit rund 26.000 Studienplätzen können dauerhaft etwa 31.000 junge Menschen in MV studieren. Bis 2020 ist jedoch nicht mit mehr als 20.000 Studierenden aus Mecklenburg-Vorpommern zu rechnen. Mecklenburg-Vorpommern stellt daher auch zukünftig weit über den eigenen Bedarf hinaus Studienmöglichkeiten zur Verfügung und übertrifft damit die jüngsten Empfehlungen des Wissenschaftsrates.

Bereits in den vergangenen Jahren gehörte Mecklenburg-Vorpommern zu den Ländern mit den höchsten Hochschulinvestitionen. Auch in den nächsten Jahren wird das Land jährlich mehr als 70 Mio. Euro für den Hochschulbau zur Verfügung stellen und so einen investiven Schwerpunkt im Bereich der Hochschulen setzen. Mit dem Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau sind sinkende Bundesmittel durch das Land zu kompensieren, soweit der Bedarf hierfür nachgewiesen werden kann.

Im Rahmen einer Neuregelung der Studentenwerksfinanzierung durch das Land sollen gezielte Unterstützungsmaßnahmen für studierende Mütter und Väter fixiert werden, die der Vereinbarkeit von Studium und Kindern dienen und zugleich das Bildungsland Mecklenburg-Vorpommern attraktiver machen. Für Studierende in Berufsausbildung ist nach Möglichkeit für gleichwertige Regelungen zu sorgen.

### Hochschulautonomie in staatlicher Gesamtverantwortung

Es ist das Ziel der SPD, den wissenschaftsinternen Gestaltungsspielraum der Hochschulen zu erhöhen und so autonome, selbstverantwortliche und leistungsorientierte Hochschulen zu ermöglichen. Die SPD hält dabei an dem Leitbild öffentlich finanzierter Hochschulen fest und bekennt sich zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Autonomie und staatlicher Gesamtverantwortung.

Die Einführung und Weiterentwicklung der Hochschulautonomie benötigt ein professionelles Hochschulmonitoring. Dieses wollen wir in der nächsten Legislaturperiode schrittweise entwickeln. Bestandteil dieses Begleitinstrumentes sollen alle zwei Jahre erscheinende Effizienzreporte sein, in denen die Öffentlichkeit über die Leistungen der Hochschulen informiert wird.

Das deutsche Hochschulsystem ist durch eine erfolgreiche Arbeitsteilung gekennzeichnet, die auch weiterhin aufrechterhalten bleiben soll. Während an den Universitäten Lehre und Forschung gleichberechtigt eine untrennbare Einheit bilden und so zugleich die Voraussetzungen für die Grundlagenforschung gegeben sind, dominiert an den Fachhochschulen eine auf die Berufspraxis ausgerichtete intensive Lehre, die um eine anwendungsorientierte Forschung ergänzt wird. Dennoch müssen die verschiedenen Hochschularten in beiderseitigem Interesse in Zukunft stärker als bisher

kooperieren. Das Land wird solche Prozesse im Rahmen der Europäisierung des Hochschulraums (Bologna-Prozess) unterstützen.

Die Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind gerade in einem strukturschwachen Land wie Mecklenburg-Vorpommern die zentralen Forschungsstätten.

Wir wollen diese Forschungsaktivitäten weiterhin durch gezielte Förderung in Schwerpunkte, Landeswettbewerbe und ggf. durch eine Flexibilisierung der Lehrverpflichtungsverordnung unterstützen. Auch dem Technologietransfer kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu.

#### Moderne Hochschulen schaffen

Bis spätestens 2010 soll die Umstellung auf die neuen Hochschulabschlüsse Bachelor und Master an den Hochschulen von Mecklenburg-Vorpommern vollzogen sein. Dies schließt auch die Lehrerbildung ein, deren Umstellung jedoch erst behutsam und mittelfristig auf der Grundlage eines Lehrerbildungsgesetzes erfolgt. Hierzu sind die bundesweiten Erfahrungen ebenso zu berücksichtigen wie die Neugestaltung des Schulsystems von Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen des längeren gemeinsamen Lernens. Die Praxisorientierung in der Ausbildung ist zu stärken, ohne zu Abstrichen im Niveau der Fachausbildung zu kommen. Die Konzentration der Lehrerausbildung in einem Lehrerbildungszentrum ist eine wesentliche strukturelle Voraussetzung zur Umsetzung dieser Zielstellung. An den Schulen des Landes ist ein Bachelor im Bereich der Lehrerbildung kein berufsqualifizierender Abschluss. Insbesondere beim Lehrstudium wollen wir die Einführung neuer Anforderungen an die individuelle Eignungsfeststellung prüfen.

Frauen sind in den Hochschulen und in der Wissenschaft gerade in den Spitzenpositionen noch immer unterrepräsentiert. Wir werden deshalb weiter dafür eintreten, dass an den Hochschulen der Anteil von Wissenschaftlerinnen erhöht und der wissenschaftliche und künstlerische Nachwuchs unter besonderer Berücksichtigung des Gleichstellungsauftrages gefördert wird.

#### 4. Für eine Welt des lebensbegleitenden Lernens

In der Wissensgesellschaft von morgen ist Lernen ein andauernder Prozess, in dem die Bedeutung der Weiterbildung in späteren Lebensphasen wächst. Vor allem die ostdeutschen Länder müssen aufgrund des demografischen Wandels ab 2010 Vorreiter bei der Entwicklung von Weiterbildungsangeboten sein. Der Zugang zu Bildung ist auf allen Stufen des Bildungssystems zu öffnen. Die Übergänge zwischen den Teilbereichen müssen vereinfacht werden. Nur so kann lebensbegleitendes Lernen zu einem selbstverständlichen Grundprinzip der Bildungspolitik, aber auch der individuellen Lebensgestaltung werden.

Eine solide Grundbildung ist das notwendige Fundament für Erfolg auf dem Arbeitsmarkt. Das Nachholen schulischer Abschlüsse auf dem zweiten Bildungsweg muss deshalb weiterhin hohe Priorität genießen, um keine individuelle Begabung ungenutzt zu lassen. Insbesondere die Volkshochschulen sind in diesem Zusammenhang als staatliche Träger der Weiterbildung von großer Bedeutung. Sie müssen auch weiterhin ihre Angebote zu sozialverträglichen Gebühren unterbreiten können.

Zunehmende Bedeutung erlangt auch die gesellschaftspolitische Bildung. Die bereits erfolgte Modernisierung der politischen Bildung muss konsequent fortgesetzt werden. Die Qualifizierung zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ist zu intensivieren.

Nicht zuletzt durch den demografischen Wandel in ganz Ostdeutschland kann es im nächsten Jahrzehnt in wirtschaftlichen Teilbereichen verstärkt zum Fachkräftemangel kommen. Schon in naher Zukunft müssen daher durch gezielte Qualifizierungsinitiativen im Rahmen einer Gesamtstrategie für die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts geeignete Maßnahmen entwickelt werden, um den drohenden Fachkräftemangel abzuwenden. Hierzu gehört auch, dass die bereits bestehenden Maßnahmen zur Verwirklichung des Grundgedankens des lebensbegleitenden Lernens

konsequent genutzt werden. Ziel muss es außerdem sein, Instrumente zu entwickeln, die die Bildungsbereitschaft der Menschen in unserem Land nachhaltig fördern. Es kommt hierbei jedoch darauf an, dass Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie das Land ihrer Verantwortung gleichermaßen gerecht werden.

Neben den vorhandenen Strukturen der Erwachsenenbildung sollen sich zukünftig auch berufliche Schulen und Hochschulen verstärkt als Stätten der Weiterbildung verstehen. Das Land will durch moderne Finanzierungsinstrumente Anreize schaffen, um vermehrt Angebote der beruflichen Weiterbildung zu entwickeln. In einer Welt des lebensbegleitenden Lernens sind dabei vor allem flexible Zugangsmöglichkeiten zum Hochschulsystem von besonderer Bedeutung. Zukünftig sollen verstärkt die individuelle Eignung und weniger formale Abschlüsse über den Hochschulzugang entscheiden.

## 5. Kultur als Medium des Dialogs in einer sich globalisierenden Welt

Die Bedeutung der Kultur nimmt gerade in einer sich zunehmend wirtschaftlich und politisch Globalisierenden Welt stetig zu. Sie dient nicht nur der eigenen Vergewisserung und Identität, sondern bereitet den Boden für fruchtbare und friedliche Formen des interkulturellen Dialogs. Die Globalisierung erfordert daher nicht weniger, sondern mehr Kultur – mehr Wissen über die eigene Herkunft und Identität, vor allem aber auch mehr Wissen über fremde Kulturen. Wir werden daher die Kultur unseres Landes weiterhin in geeigneter Weise unterstützen. Hierzu bedarf es sowohl der Förderung der Hoch- als auch der Alltagskultur. Nur wenn diese beiden Formen kulturellen Ausdrucks sich zugleich entfalten können, wird sich der Kulturraum Mecklenburg-Vorpommern optimal entwickeln.

Die Theater und Orchester des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind kulturelle Leuchttürme mit besonders großer touristischer Anziehungskraft. Wir wollen daher moderne und effiziente Strukturen entwickeln, um die Theater und Orchester in dieser Funktion weiter zu stärken. Kooperationen sind gezielt zu unterstützen. Die Finanzierung ist bereits in der letzten Legislaturperiode neu gestaltet worden: Sie trägt dem Gedanken kultureller Grundversorgung ebenso Rechnung wie Effizienzgesichtspunkten.

Kultur bedeutet aber nicht nur „Kunst und Alltagskultur“. Heimatkultur gibt vielen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ihre Identität und ist ein wichtiger Halt in einer sich ständig verändernden und Globalisierenden Welt. Ohne Vergangenheit keine Zukunft und ohne Heimat keine Identität. Wir werden daher auch weiterhin die vielen Vereine und Verbände sowie Kulturinitiativen in unserem Land unterstützen, die sich der Pflege des regionalen Brauchtums wie z. B. der niederdeutschen Sprache widmen.



### III. Kinder und Familien

Wir bekennen uns zu einer modernen Politik der sozialen Gerechtigkeit. Im Zentrum des Sozialstaats muss verstärkt eine Politik der sozialen Investitionen stehen. Gerade in Zeiten der Wissensgesellschaft wird nichts so sehr über die Lebenschancen eines jeden Menschen entscheiden wie dessen Ausbildung. Daher müssen Sozial- und Bildungspolitik gezielt an geeigneten Stellen miteinander verzahnt werden. Hierdurch wird die traditionelle Aufgabe der Sozialpolitik jedoch nicht in Frage gestellt. Auch künftig soll der Staat für alle Menschen in Not und jene, die der Hilfe bedürfen, Angebote zur Verfügung stellen. Ohne soziale Sicherheit sind letztlich auch Demokratie und Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft nicht möglich: Dies ist und bleibt für uns der Kerngedanke der sozialen Demokratie.

#### 1. Politik für Kinder und Familien

Es ist das Ziel der SPD, Mecklenburg-Vorpommern zu einem der kinder- und familienfreundlichsten Länder Deutschlands zu entwickeln. Alle Kinder sollen in sozialer Sicherheit, emotionaler Geborgenheit und mit möglichst gleichen und gerechten Lebenschancen aufwachsen. Dafür sind die Eltern, aber auch der Staat verantwortlich. Dabei wäre es das Beste, wenn Schule, Kinder- und Jugendhilfe sowie Familienbildung aus einer Hand organisiert würden, um das Zusammenwirken von Sozial- und Bildungspolitik zu optimieren.

Das Land will bei den Eltern für eine gemeinsame Erziehungspartnerschaft werben und hierfür geeignete Angebote gezielt fördern. Ein flächendeckendes Netz an Kindertagesstätten sowie präventive Maßnahmen der Familienbildung stehen für uns hierbei im Vordergrund. Ein besonderes Augenmerk muss Alleinerziehenden gelten, da sie aufgrund ihrer Lebenssituation mehr als andere auf Unterstützung angewiesen sind.

#### Kindertagesstätten: Angebote weiter verbessern

Das Kinderbetreuungssystem in Mecklenburg-Vorpommern gehört heute zu den besten in Deutschland. Die SPD-geführte Landesregierung hat mit dem Kindertagesförderungsgesetz (KiföG) eine grundlegende Reform der frühkindlichen Bildung und Erziehung durchgesetzt. Neben der Sicherung des guten Angebotsstandes ist es vor allem gelungen, die Qualität und Individualität der frühkindlichen Bildung und Erziehung insbesondere im Hinblick auf die Schulvorbereitung der Kinder entscheidend zu verbessern. Die Mitbestimmungsrechte für Eltern und Kinder wurden ausgeweitet, die Verantwortlichkeiten auf die örtlichen öffentlichen Jugendhilfeträger übertragen und damit die kommunale Selbstverwaltung gestärkt.

Das neue Finanzierungssystem schafft Transparenz und eine leistungsgerechte Finanzierung. Langfristig strebt die SPD Mecklenburg-Vorpommern eine deutliche Absenkung der Elternbelastung bei Kindertagesstätten an. Dieses Ziel ist aber nur schrittweise und nicht ohne Einbeziehung der Bundesebene, z. B. eine Reform des Ehegattensplittings zu erreichen. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir daher die ersten Weichen stellen, um unser Ziel zu erreichen. Mehrkosten sind hierbei strukturell zusätzlich im Landeshaushalt an anderer Stelle einzusparen.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern muss weiter verbessert werden. Vielfach ist berufstätigen Eltern bereits mit einer punktuellen Ausdehnung der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen geholfen.

#### Familienbildung: Eltern bei Erziehungsarbeit unterstützen

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern wird mit einem Landesprogramm „Zukunft für Kinder“, das in

der nächsten Legislaturperiode schrittweise zu entwickeln ist, Maßnahmen der Kinder- und Jugendsowie Familienpolitik bündeln und gezielt auf die Bedürfnisse von Familien mit Kindern ausrichten. Leitbild dieses Landesprogramms soll der Grundsatz des „Förderns und Forderns“ zum Wohle der Kinder sein. Hierzu könnte eine Babyerstaussstattung gehören, die bei Nachweis über die Vorsorgeuntersuchungen und dem Besuch eines Elternbildungsseminars gewährt wird. Mehrausgaben sind u. a. durch Effizienzsteigerungen in anderen sozialen Bereichen zu decken. Das Ziel, allen Kindern gleiche und gerechte Lebenschancen zu garantieren, kann durch präventive Angebote der Familienbildung unterstützt werden. Das Land strebt daher in Zusammenarbeit mit den Kommunen eine gezielte Stärkung präventiver Bildungsmaßnahmen für Eltern in Erziehungsfragen an. Dabei soll der Gesundheitserziehung der Kinder besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Grundsatz „Vorsorge statt Nachsorge“ hat für uns auch in der Kinder- und Familienpolitik Priorität. Es ist unser Ziel, auch berufstätigen Eltern die Teilnahme an diesen Bildungsmaßnahmen zu ermöglichen.

### Anreize für Kinder- und Familienfreundlichkeit schaffen

Die Entscheidung für oder gegen ein Kind hängt auch von den konkreten Lebensumständen in den Kommunen ab. Die Angebote für Familien und Kinder sind in den Städten und Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns vielfach schon vorbildlich. Doch manche Kommunen könnten noch mehr für ein kinderfreundliches Lebensumfeld tun. Um ihnen dies zu erleichtern, werden wir Wege suchen, hierfür im Finanzausgleichsgesetz (FAG) angemessene Instrumente zu verankern. Darüber hinaus wird das Land die Wettbewerbe „kinder- und familienfreundlichste Kommune in Mecklenburg-Vorpommern“ sowie „kinder- und familienfreundlichstes Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern“ initiieren. Die Initiative lokale Bündnisse für Familie wird von der SPD vor Ort als wichtiges Instrument zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit unterstützt.

## 2. Potenziale des Alters nutzen

In den nächsten Jahren wird der Bevölkerungsanteil älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern größer werden. Es ist erfreulich, dass die Lebenserwartung der Menschen seit der Wende deutlich gestiegen ist. Zugleich wachsen Aktivität und Vitalität der älteren Generation. Wir sehen in dieser Entwicklung eine große Chance. Wissen und Erfahrung der älteren Generation bilden aufgrund der demografischen Entwicklung ein immer größer werdendes Potenzial, das es zukünftig mehr zu nutzen gilt.

Wir wollen, dass ältere Menschen so lange wie möglich ein selbständiges Leben in ihrer gewohnten Umgebung führen können. Aus diesem Grunde wollen wir die Städtebauförderung verstärkt in den altersgerechten Umbau von Wohnungen lenken. Der ambulanten und der teilstationären Altenhilfe muss größere Aufmerksamkeit gewidmet werden als dem Bau von Altersheimen.

Die Vernetzung der ambulanten, teilstationären und stationären Altenhilfe werden wir weiter unterstützen. Wohnformen, die es älteren Menschen ermöglichen, in einer Gemeinschaft zu leben, wollen wir fördern.

Ein wichtiger Aspekt ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Solidarität und der Zusammenhalt zwischen den Generationen. Wir wollen das Wissen und die Erfahrung der Älteren mit dem Tatendrang und den Ideen der Jüngeren verbinden. Dies kann innerhalb der Familie, aber auch außerhalb durch generationsübergreifende Projekte auf Gebieten wie Kultur, Bildung, Sport oder durch generationsübergreifendes Wohnen geschehen.

Neben dem Einwohnerrückgang ist auch das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung bedeutsamer Bestimmungsfaktor für das politische Handeln. Wir werden die Infrastruktur im Land nicht nur an den Einwohnerrückgang anpassen, sondern sie auch entsprechend dem sich verändernden Altersaufbau umstrukturieren müssen.

### 3. Soziale Gerechtigkeit ist das Band unserer demokratischen Gesellschaft

Seit Gründung der Sozialdemokratie war es ihre Aufgabe, für Benachteiligte einzutreten und ihre gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu sichern. An dieser grundsätzlichen Aufgabe hat sich auch im 21. Jahrhundert nichts geändert. Alle Menschen, die nicht aus eigener Kraft ihr Leben meistern können, bedürfen der Unterstützung durch die Gesellschaft und können sich auf unsere Solidarität verlassen.

Mit dem Kinder- und Jugendprogramm hat die Landesregierung die Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe gestaltet. Das Programm soll in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt und ggf. aktualisiert werden.

Einrichtungen der allgemeinen Sozialberatung unterstützen viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bei der Bewältigung ihrer Probleme und Sorgen. Wir wollen diese Beratungsangebote weiterhin unterstützen. Effizientere Beratungsstrukturen sollen künftig zu noch besseren Angeboten für die Betroffenen führen.

Mit dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz haben wir die Rechte behinderter Menschen in unserem Bundesland deutlich gestärkt. Jetzt kommt es darauf an, für eine konsequente Umsetzung der neuen Regelungen zu sorgen, um damit die Gleichberechtigung behinderter Menschen auch gelebte Realität werden zu lassen.

### 4. Das Ehrenamt fördern – den Zusammenhalt stärken

Eine wichtige Quelle gesellschaftlicher Solidarität ist die ehrenamtliche Betätigung. Menschen aller Altersgruppen übernehmen in ihrer Freizeit Verantwortung für andere und tragen so zum Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bei. Dies betrifft ehrenamtlich Tätige in den Bereichen Soziales, Sport, Kultur, Bildung und freiwillige Feuerwehren ebenso wie in der Politik. Gerade der SPD war und ist es daher ein besonderes Anliegen, das Ehrenamt zu stärken und bei besonders engagierten Menschen eine angemessene öffentliche Anerkennung zu gewährleisten. Auch haben wir den Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige verbessert sowie in vielen Politikbereichen finanzielle Mittel zur Unterstützung des Ehrenamtes bereitgestellt. Diese Politik zur Unterstützung des Ehrenamtes wollen wir weiter fortsetzen.

Besonders unterstützen wir die Sportlerinnen und Sportler in unserem Land bei ihren Vorbereitungen zur Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Peking 2008. Einen Schwerpunkt neben der Förderung des Leistungssports stellt der Breitensport dar. Priorität hat für uns die Anwendung des Sportfördergesetzes, das für die Sportvereine und –verbände langfristige Planungssicherheit bedeutet. Der Bau und die Sanierung von Sportstätten auf bedarfsgerechtem Niveau wird fortgesetzt.

Wir wollen einen Staat, der für die Menschen da ist und sie aktiv in die Entscheidungsprozesse einbezieht.

## IV. Starker Staat, moderne Strukturen

Soziale Gerechtigkeit gibt es nur in einem starken und leistungsfähigen Staat. Wir wollen einen Staat, der für die Menschen da ist und sie aktiv in die Entscheidungsprozesse einbezieht, der vor Straftaten Schutz gewährt und Sicherheit und Verlässlichkeit schafft im Zusammenleben. Wir wollen das öffentliche Leben so ordnen, dass alle Menschen teilnehmen können an der Gemeinschaft. Wenn wir in Mecklenburg-Vorpommern Innovationsgeist und Kreativität, Zuversicht und Tatkraft erwarten, müssen die, die im Staat Verantwortung tragen, mit gutem Beispiel vorangehen.

Verwaltung, Justiz und Polizei tragen dazu als leistungsstarke, bürgerfreundliche Dienstleister ihren Teil bei. Sie brauchen moderne, noch leistungsfähigere Strukturen, damit wir mit möglichst wenig Bürokratie bestmögliche Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger anbieten können. Nur dadurch erhalten wir uns die finanziellen Spielräume, um in den nächsten Jahren in den politischen Schwerpunktbereichen Arbeit, Bildung und Familie die notwendigen Zukunftsinvestitionen erbringen zu können.

### 1. Moderne Verwaltung, sparsam und effektiv

Voraussetzung für diese Schwerpunktbildung ist die von uns auf den Weg gebrachte umfassende Verwaltungsreform. Mit dieser Reform ordnen wir die Verwaltungsaufgaben dem Land, den Landkreisen, Städten und Gemeinden in einer Weise zu, dass Doppelzuständigkeiten vermieden und die Aufgaben insgesamt bürgernäher, effektiver und mit geringerem Personalaufwand erledigt werden. Die Landesverwaltung wird gestrafft und verschlankt. Wir werden die Zahl der Ministerien reduzieren, zahlreiche Landesbehörden auflösen und ihre Aufgaben auf größere, leistungsstarke Regionalkreise übertragen. Auch die Gemeinden werden gestärkt und erhalten mehr Aufgaben als bisher.

#### Verwaltungsreform umsetzen

Wesentliche Teile der Neuordnung der Verwaltungsstruktur – Verwaltung auf gemeindlicher Ebene, obere Landesverwaltung – sind bereits abgeschlossen.

Wir werden die Umsetzung der Elemente der Verwaltungsreform, die für das Jahr 2009 geplant sind, Schritt für Schritt voranbringen. Hierbei handelt es sich um die Funktionalreform I und die Kreisgebietsreform. Bei der Umsetzung der Funktionalreform I, das heißt bei der Übertragung von Landesaufgaben auf die zukünftigen Kreise, werden wir die Mitarbeiter in den Behörden mit der Planung der einzelnen Schritte rechtzeitig befassen. Unser Ziel ist es, den Sachverstand des Personals für die Umsetzung der Reform auf allen Ebenen zu nutzen. Dabei werden wir die Aufbaustäbe, die die Bildung der neuen Kreise vorbereiten, so unterstützen, dass der Übergang in die neue Struktur möglichst reibungslos verläuft.

Wir werden darauf achten, dass der Leistungsanspruch an die Verwaltung mit den sozialen Belangen der Beschäftigten verbunden wird. Deshalb halten wir an der Zielvereinbarung fest, die wir zur Umsetzung der Personalmaßnahmen im Zuge der Verwaltungsreform mit dem DGB und dem Beamtenbund abgeschlossen haben. Wir werden sicherstellen, dass alle Entscheidungen im Reformprozess unter Berücksichtigung von Gender Mainstreaming erfolgen. Ziel ist eine geschlechtergerechte, effiziente, bedarfs- und servicebezogene Verwaltung. Wir werden das eGovernmentsystem weiter ausbauen und vertiefen, um die Bürgernähe der Verwaltung vor allem im ländlichen Raum zu verbessern. Die Erfahrungen, die wir in der Testregion Westmecklenburg mit der Einführung des eGovernments machen, werden wir auswerten und optimal für die anderen Regionen des Landes zur Verfügung stellen.

## Gemeindestrukturen weiterentwickeln

Wir wissen, dass die Zukunft unseres Landes ganz wesentlich auch von zukunftsfähigen Gebietskörperschaftsstrukturen auf gemeindlicher Ebene abhängig ist. Die Städte und Gemeinden sind der unmittelbare Lebensraum der Bürgerinnen und Bürger. Hier nehmen sie teil an der Gemeinschaft, in Vereinen, im nachbarschaftlichen Miteinander, hier können sie unmittelbar demokratisch mitwirken und entscheiden.

Derzeit sind viele Gemeinden in unserem Land wegen fehlender finanzieller Leistungskraft und wegen der rückläufigen Einwohnerentwicklung nicht mehr in der Lage, alle Anforderungen angemessen zu erfüllen. Dementsprechend verkleinert sich der örtliche demokratische Handlungsspielraum von Gemeindevertretern und Bürgermeistern zunehmend.

Wir brauchen aber handlungsfähige Gemeinden, die ihren Einwohnern den Grundbedarf an gemeindlichen Leistungen bieten können. Hierzu werden wir einen Diskussionsprozess organisieren, dessen Ziel langfristig leistungsfähige gemeindliche Gebietskörperschaftsstrukturen sind.

Außerdem wollen wir die Stadt-Umland-Probleme lösen. Die Zentren des Landes – nicht allein die heutigen kreisfreien Städte – sind auch für die Einwohner, die in Umlandgemeinden liegen, faktisch zum Lebensraum geworden. Lebensraum und Verwaltungsraum stimmen häufig nicht mehr überein. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht sind die Zentren des Landes Motoren der Landesentwicklung. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass die Gebietskörperschaftsstruktur im Umfeld der Zentren des Landes an den zukünftigen Entwicklungsbedarf angepasst wird.

Eine besonders wichtige Aufgabe stellt die weitere Entwicklung im Landesteil Vorpommern dar. Hier gilt es, die Chancen zu nutzen, die sich aufgrund der deutlich verbesserten Anbindung in dem baltischen Raum ergeben.

## 2. Verwaltung vereinfachen, Bürokratie abbauen

Ein wesentlicher Teil der Verwaltungsreform sind Deregulierung und Bürokratieabbau. Wir richten die Verwaltung besser auf die Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmerinnen und Unternehmern aus. Unnötige Regularien werden abgebaut, Bearbeitungszeiten in Behörden deutlich verkürzt. Wir haben in den letzten Jahren schon ganz erhebliche Fortschritte erzielt. Rund ein Drittel aller Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sind abgeschafft worden. Damit haben wir das Dickicht an Vorschriften deutlich gelichtet. Außerdem haben wir eine Normprüfstelle errichtet, die neue Rechtsvorschriften streng daraufhin prüft, ob sie wirtschaftlich und notwendig sind. Wenn die Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften die Prüfung bestehen, werden sie grundsätzlich befristet.

Deregulierung und Bürokratieabbau zielen darauf ab, wirtschaftliche Betätigung nicht durch unnötige Fesseln zu behindern. Wir haben deshalb das Baurecht für Unternehmer deutlich erleichtert. Für vieles ist keine Baugenehmigung mehr nötig. Wenn man sie dennoch braucht, dann enthält sie künftig auch alle sonstigen erforderlichen Genehmigungen, etwa für Baudenkmäler oder Umweltbelange. Auch alle übrigen Genehmigungsverfahren, von denen Unternehmer betroffen sind, werden vereinfacht und beschleunigt.

In der Testregion Westmecklenburg werden wir noch weitergehenden Abbau von Regularien und Bürokratie erproben, um Erkenntnisse zu gewinnen, die später ganz Mecklenburg-Vorpommern

zugute kommen. Wir nutzen damit die Bereitschaft und den Enthusiasmus der regionalen Akteure der Testregion in Wirtschaft und Verwaltung, die eine Vorreiterrolle bei der Deregulierung einnehmen wollen. Wir unterstützen auch alle Bemühungen, durch Absprachen und Vereinbarungen zwischen Verwaltung und Wirtschaftsverbänden schneller und unbürokratischer unternehmerisches Handeln zu ermöglichen.

Wir werden auch weiter alles unternehmen, um die Eigenverantwortung und Entscheidungsspielräume der Kommunen durch den Abbau von Standards zu erweitern. Die Kommunen müssen möglichst weitgehend selbst entscheiden, wie – und damit mit welchem finanziellen Aufwand – sie bestimmte Aufgaben erfüllen. Deregulierung und Bürokratieabbau dienen letztlich dazu, Verwaltung leistungsstärker und bürgerfreundlicher zu machen. Der Staat selbst muss mit Kostenbewusstsein, Effizienz und Sparsamkeit überzeugen.

### 3. Sicherheit und Freiheit garantieren

Der Schutz der Grundrechte und der Freiheit der Menschen sind tragende Elemente des Rechtsstaates. Hierbei haben Justiz und Polizei eine besondere Aufgabe. Sie gewährleisten wirksamen Rechtsschutz, vermitteln zwischen unterschiedlichen Interessen und schützen vor Straftaten.

Wir gehen hart und konsequent gegen das Verbrechen vor. Zugleich unterstützen wir alle Bestrebungen, die umsichtig die Ursachen von Kriminalität und Gewalt beseitigen helfen. Diese bewährte Doppelstrategie – Repression und Prävention – setzen wir erfolgreich fort.

Im Bereich der Jugendkriminalität ist ein ausgewogenes Verhältnis von Repression und Prävention besonders wichtig. Zügige Gerichtsverfahren und geeignete Präventionsprojekte haben eine besondere pädagogische Wirkung. Präventionsprojekte zur gewaltfreien Konfliktbewältigung werden wir weiter besonders unterstützen.

Die Strukturen zur Verfolgung häuslicher Gewalt und zur Hilfestellung für die Opfer werden wir stärken. Dabei werden wir an die positiven Erfahrungen bei der Zusammenarbeit von Polizei, Gerichten, Kommunen und Unterstützungseinrichtungen anknüpfen und diese ausbauen. Wir werden den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in aller Konsequenz umsetzen und fortschreiben.

Zwangsprostitution und Zwangsehen sind verabscheuungswürdige Missachtung der Würde und der Rechte von Frauen. Wir werden deshalb der Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution besondere Aufmerksamkeit schenken. Die Landesregierung wird ein Gesamtkonzept entwickeln.

#### Polizei

Zur Abwehr von Gefahren und zum Schutz vor Kriminalität brauchen wir eine überall schnell einsetzbare Polizei mit hoher Präsenz vor Ort. Sichtbare Polizei erhöht die Sicherheit und schafft Vertrauen.

Bei der organisierten und der Schwerstkriminalität werden wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, insbesondere mit unseren östlichen Nachbarn, intensivieren. Daneben bildet die Abschöpfung von Verbrechensgewinnen und die Bekämpfung der Internetkriminalität einen besonderen Schwerpunkt.

Alltagskriminalität gefährdet das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates. Um ihr wirksam zu begegnen, ist die Zusammenarbeit der Kommunen, der Polizei und der Justizbehörden weiterzuentwickeln. Gerade die Straftaten junger Menschen brauchen unser besonderes Augenmerk, koordiniert durch kriminalpräventive Räte wollen wir den Ursachen von Jugendgewalt, Drogenkonsum, Vandalismus, verfassungsfeindlichem Verhalten und Diebstahlstaten frühzeitig präventiv entgegenwirken.

Auch die konsequente Überwachung des Straßenverkehrs ist uns wichtig. Wir verfolgen weiter das Ziel, die 0,0-Promille-Grenze für alle Autofahrer einzuführen und härter gegen rücksichtslose Raser vorzugehen, die mit derart überhöhter Geschwindigkeit fahren, dass sie damit bewusst in Kauf nehmen, Leib und Leben anderer zu gefährden. Durch Geschwindigkeitsbeschränkungen, geeignete Baumaßnahmen und Alkohol-, Drogen- sowie Geschwindigkeitskontrollen werden wir die Sicherheit auf unseren Straßen konsequent verbessern. Präventionsprojekte an den Schulen oder das Fifty-fifty-Taxi-Ticket werden wir besonders unterstützen.

## Justiz

Die Gerichte als Garanten unserer freiheitlichen und sozialen Gemeinschaft müssen raschen und effektiven Rechtsschutz gewähren. Mit den sinkenden Haushaltseinnahmen und der ungünstigen demografischen Entwicklung kommen auch auf die Justiz große Herausforderungen zu. Wir werden darauf achten, dass den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes in zumutbarer Entfernung vom Wohn- und Arbeitsort ein flächendeckendes Netz der ordentlichen Justiz und der Fachgerichtsbarkeiten weiterhin zur Verfügung steht. Bei den Gerichten werden wir alle Möglichkeiten nutzen müssen, Effektivität zu steigern und Strukturen zu verbessern.

Dazu ist eine Justizreform notwendig, die Bund und Länder gemeinsam vorantreiben. Diese soll die Vereinheitlichung und Verschlinkung der Gerichtsverfassungen und Prozessordnungen enthalten sowie die Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten und den flexiblen Richtereinsatz. Die Justiz versteht sich heute mehr denn je als Dienstleisterin. Dabei geht es auch um die Weiterentwicklung der Mediation, deren Ziel es ist, dass die Konfliktpartner ihren Streit gütlich beilegen. Nach Einführung des elektronischen Mahnverfahrens sind vor allem die flächendeckende Einführung des elektronischen Grundbuchs und das elektronische Handelsregister weitere Schritte zu einer Beschleunigung zugunsten von Unternehmen und Bürgern.

Der Opferschutz wird weiterhin im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Opfer von Straftaten brauchen Hilfe und Unterstützung. In Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Organisationen wird weiter dafür Sorge getragen, dass alle Opfer von Straftaten die erforderliche Hilfe für eine notwendige Betreuung und Versorgung finden. Zudem soll der Täter-Opfer-Ausgleich verstärkt dazu beitragen, dass der Schaden des Opfers wiedergutmacht wird.

Zugleich greift die Justiz konsequent durch. Straftaten werden schnell aufgeklärt, Täter mit der notwendigen Härte verfolgt und bestraft. Zudem werden wir alles uns Mögliche tun, um Wiederholungstaten zu verhindern. Daran müssen sich vor allem auch Strafvollzug und Maßregelvollzug orientieren. Auf der Grundlage der modernen, leistungsfähigen Sozialtherapie und des bundesweit einmaligen Diagnostikzentrums muss die Diagnostik und Behandlung von schweren Sexualstraftätern noch weiter verbessert werden. Straftäter, die sich den Anforderungen des Resozialisierungsvollzugs verweigern, sind jedenfalls sicher zu verwahren. Dazu gehört nicht nur, dass die Gebäude und die Sicherheitsanlagen auf dem neusten Stand gehalten werden, auch Ausbildungsstand und Qualifizierung der Beschäftigten müssen den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen. Dies kann der Staat am besten leisten. Auch sind die Möglichkeiten, Sicherungsverwahrung anzuordnen, auszuweiten, soweit dies notwendig und mit der Verfassung

vereinbar ist. Die Zusammenfassung der Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsicht zu einer leistungsfähigeren Einheit hat für eine bessere Koordination gesorgt. Wir werden die Führungsaufsicht durch eine Ergänzung der Eingriffsbefugnisse weiter verbessern.